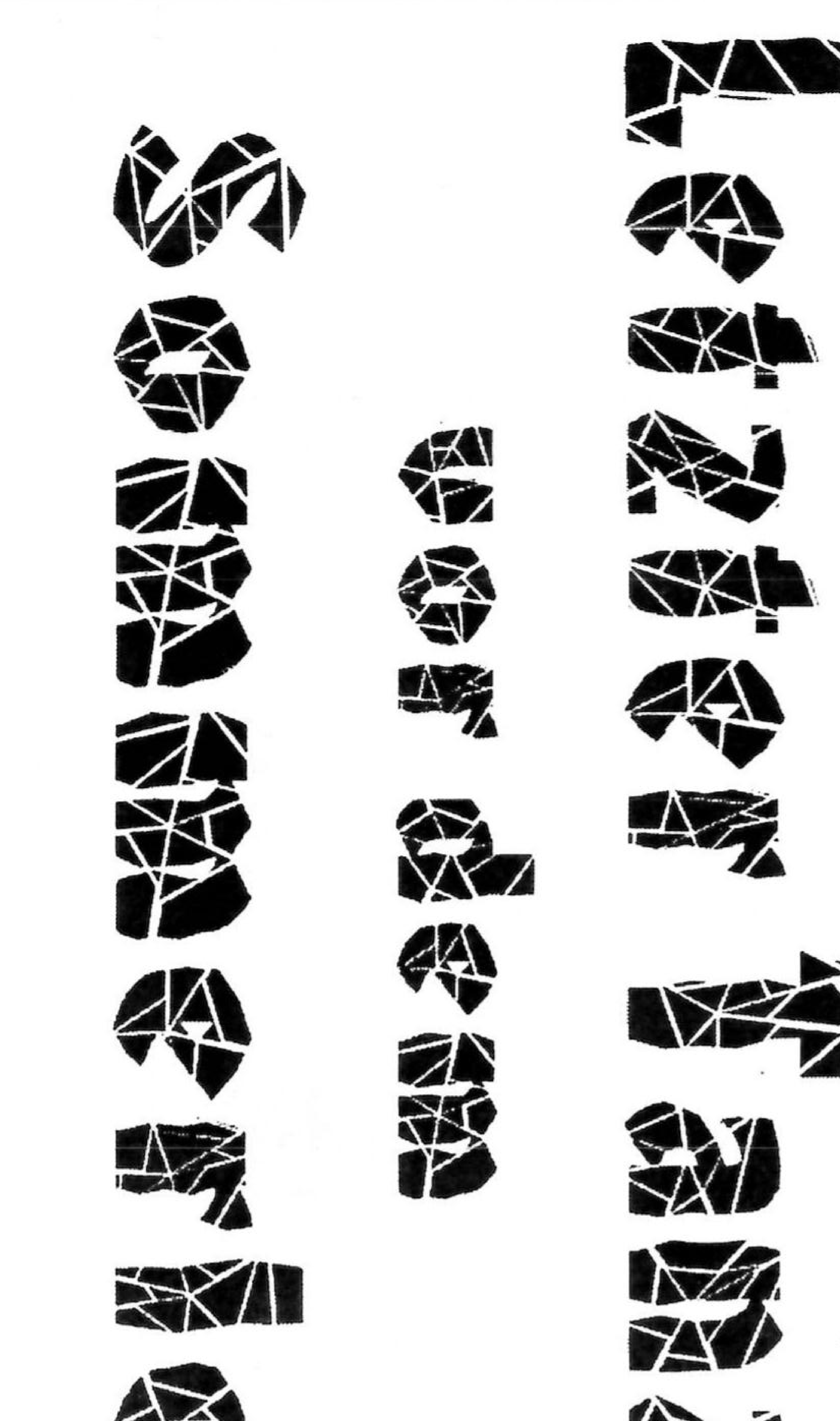


INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

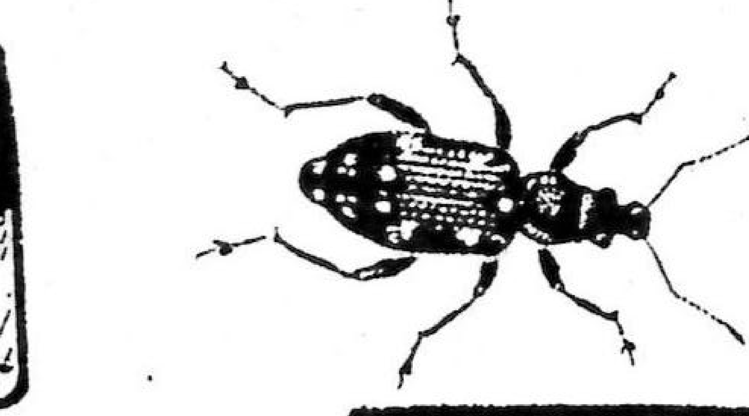
auswärts 3 DM

2,50 DM

NR. 479

PROPIEDAD PRIVADA

inhalt:



Antirassismus Tage

2./3. Juli 1999

Wer, wie was ...

Vom 2. bis 3. Juli 1999 finden in den Gebäuden des Otto-Suhr-Instituts (OSI) an der FU-Berlin rund um das "rote" Café (Harnackstr.1) die ANTIRASSISMUS TAGE statt. Zusammen mit einer Reihe von studentischen und außeruniversitären Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen, will die Fachschaftsinitiative am OSI ein Forum für gemeinsame Diskussionen über Rassismus und Antirassismus bieten. Bewußt soll dabei auch ein Austausch zwischen "studentischem Elfenbeinturm" und "antirassistischen AktivistInnen" erreicht werden.

Neben Vorträgen und Podiumsdiskussionen soll insbesondere in den Arbeitsgruppen Rassismus aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden. Diese sind von Leuten ausgearbeitet worden, die sich mit Rassismus schon verschiedentlich beschäftigt haben. Zur Vorbereitung darauf wird es ab Mitte Juni einen Reader mit den Diskussionstexten für die einzelnen AGs und einem Einführungstext von Rainer Trampert geben.

Und um die Arbeit nicht zu viel werden zu lassen und den Spaß nicht zu vergessen, wird es am Freitag Abend ein Freiluftkino und am Samstag ein fettes Soli-Open-Air Konzert für die Kampagne "Kein Mensch ist illegal" und das Grenzcamp99 geben

... wieso, weshalb, warum...

...gibt es eigentlich so was wie ANTIRASSISMUS TAGE?
Weil es Rassismus gibt!

Vorweg

Zugegeben, das ist nicht unbedingt was neues; jedeR hat hier und da mal was von rassistischen Diskriminierungen oder gar Übergriffen gehört: in der Spalte am Zeitungsrand wird mal wieder über einen angegriffenen Ausländer oder eine zusammengeschlagene Ausländerin berichtet, oder im Regionalfernsehen gibt es einen kurzen Bericht über besonders diskriminierende Beamte - schnell überlesener oder weggezappt- Alltag im deutschen Haus. So einfach können damit jedoch nur solche umgehen, die aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Herkunft davon nicht persönlich betroffen sind. Andere sind tagtäglich mit Diskriminierungen konfrontiert und durch die Angst vor Übergriffen und Pöbeleien in ihrer Freiheit stark eingeschränkt: Sie müssen Angst haben vor jedem Behördengang, sind medialer Hetze und Unverständnis ausgeliefert und entwickeln in ihren Köpfen eigene, eingeschränkte Stadtpläne mit Zonen, die sie nur unter großer Gefahr betreten können - sogenannte "No-go-Areas".

Wiederum andere werden erst gar nicht nach Deutschland rein gelassen, oder sie werden nach menschenunwürdigen Asylverfahren in das Land zurückgeschickt, aus dem sie gerade geflohen sind. Schaffen sie es dennoch im vermeintlich sicheren Deutschland zu bleiben, werden sie als Person für ungesetzlich erklärt - sie werden zu Illegalen gestempelt.

Neben dem praktizierten Rassismus - wie (neo-)faschistischer Gewalt, ausländerfeindlichen Gesetzen und diskriminierenden Polizei- und Verwaltungsmethoden - herrscht in Deutschland auch eine allgemeine rassistische Kultur: ausländerfeindliche Ressentiments werden nicht nur bei Kaffeekränzchen oder an Stammtischen ausgetauscht, Rassismus herrscht auch in den durch Medien transportierten und reproduzierten öffentlichen Diskursen und den ganz alltäglichen Unterhaltungen.

Rassismus erscheint dabei in vielen Varianten: als Antisemitismus oder Antiziganismus, Nationalismus oder als Kulturalismus oder auch noch in ganz anderen Formen. Gerade diese große Palette seiner Spielarten und seiner Äußerungen macht es schwer, den Rassismus formelhaft zu fassen und ihm auf den Grund zu gehen.

Für die Linke muß es in jedem Fall ein vordergründiges Ziel bleiben, Rassismus in all seinen Facetten immer und überall zu bekämpfen. Soziale "Klassenkämpfe" sind dafür kein Ersatz und auch, oder gerade, wenn mensch davon ausgeht, daß die gesellschaftlichen Strukturen zunächst nicht aufzuheben sind, ist es notwendig, den relativen Spielraum der Zivilgesellschaft zu nutzen, um Ideologien und das durch sie verursachte Leid zurückzudrängen, will mensch dem eigenen emanzipativen Anspruch gerecht werden.

Für wirkungsvolle Strategien gegen Rassismus reicht es dabei nicht, ihn oberflächlich zu betrachten, sondern ist es notwendig, ihn in seiner Art, Struktur und seinem Wesen zu erfassen.

Um einen Austausch zwischen den verschiedenen Vorstellungen von dem, was Rassismus ist, zu ermöglichen, um etwas mehr Klarheit und Verständnis von der Funktionsweise des Rassismus zu bekommen und um zu überlegen, wie eine antirassistische Politik und Praxis aussehen sollte, - dafür veranstalten wir die ANTIRASSISMUS TAGE.

Denn es reicht nicht, einfach zu sagen:

... Rassisten sind halt dumm!?

Vorweg

Programm

Freitag

14Uhr Ihnestr.21/HsA	**Eröffnungsveranstaltung:** „Geschichte und Gegenwart rassistischer staatlicher Politik in Deutschland" Thomas Ebermann (Publizist) Wolfgang Wippermann (Historiker)
16.30 Uhr	**Arbeitsgruppen**
19 Uhr Café	**Infoveranstaltung** zum Grenzcamp'99 bei Zittau
19.30 Uhr Ihnestr. 21/ HsA	**Buchvorstellung:** „Ich bin das Volk" über M. Walser und Deutschland mit dem Autor: Joachim Rohloff
22 Uhr	**Freiluftkino**

Samstag

12 Uhr Café	**Brunch**
14 Uhr	**Arbeitsgruppen**
17 Uhr Ihnestr.21/ Hs. A	**Podiumsdiskussion:** „Perspektiven antirassistischer Praxis" A. Kahane (Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen e.V.) N.N. (Antirassistische Initiative) N.N. (Antifaschistische Aktion Berlin)
19.30 Uhr	**Trimm-Dich für Fluchthife** Treffpunkt: vor Ihnestr.22
20 Uhr	**Open-Air-Konzert** Soli für: „Kein Mensch ist illegal"

FSI★OSI

Frühsommer im

liebe leute!

die krise nähert sich schleichend. der schuldenberg ist mittlerweile so hoch, daß die luft hier oben dünn wird. klarer ausgedrückt heißt das: die "zwischenlösung" (interim) steht kurz vor der pleite!!! wenn wir nicht vor kapitalismus und repressionsbedingten mehrkosten in die knie gehen wollen, brauchen wir eure spenden ! Und vor allem wär es verdammt prima, wenn alle mal ihre schulden bezahlen würden! besondere grüße gehen dabei an den stadtbekannten kopierladen mit-revolutionsbedarf! bezahlt mal die kohle!!! uns ist klar, daß bullen-beschlagnahmen und asoziale klauaktionen auch nicht grade reich machen, aber uns fehlt jede mark, die nicht bezahlt wird.
übrigens werden wir viel gemeiner mit euren artikeln umgehen, wenn ihr uns weiterhin ohne schoki laßt

das verbot der nachtarbeit schon lange gewerkschaftlich erkämpft wurde, und da wir artikel, die erst montag nachmittag ankommen nicht mehr reinnehmen. können wir artikel, die erst montag nachmittag ankommen nicht mehr reinnehmen. abgabeschluß ist also montag vormittag, wobei sonntag noch toller wäre.

nach dem foto des nazi-drahtziehers jens ullrich ... nur mit einem hysterischen gackern antworten: ... so gerne eine linke politik als ein ... ter mörderischer ideologie ... terial dienen. ... reulichen ereig- ... ja durch ... riots

SOLI PARTY VON JUGEND ANTIFA KOORDINATION BERLIN

FEIERN BIS SIE FALLEN

PARTY VON JAKOB
9. JULI 21 UHR
KÖPENICKERSTR. 137
U-HEINRICH-HEINE-STR
BANDS:
ABUSIVE ANTEATERS u.a.
COCKTAILBAR, DJ
EINTRITT: 5 MARK

Los, ran an das Thema!
EinsteigerInneninfo
- und Widerstandsbedarf!

Aktionen und Alternativen zu Weltwirtschaft und Globalisierung

W(e)der die Klobrillisierungsfalle

Die Broschüre gibt es gegen 5.- DM in Briefmarken:
Verdener Umweltwerkstatt,
c/o Ökozentrum,
Friedensallee 6,

Videofilmabend und Diskussion im B.d.R.

Unsichtbare Hausarbeiterinnen
Ein Film zur Situation von Frauen ohne Papiere in Deutschland, die in Haushalten arbeiten.
FrauenLesbenFilmCollectif Berlin 1999, 40 Min.

Fünf Frauen erzählen ihre Geschichte und was es für sie bedeutet ohne Papiere in Deutschland zu leben. Parallel dazu werden zwei Frauen, die in Beratungsstellen arbeiten, interviewt. Außerdem wird ein kleiner Einblick in die Arbeit von „Kalayaan" einer Organisation zur Unterstützung illegalisierter Hausarbeiterinnen in London gegeben.

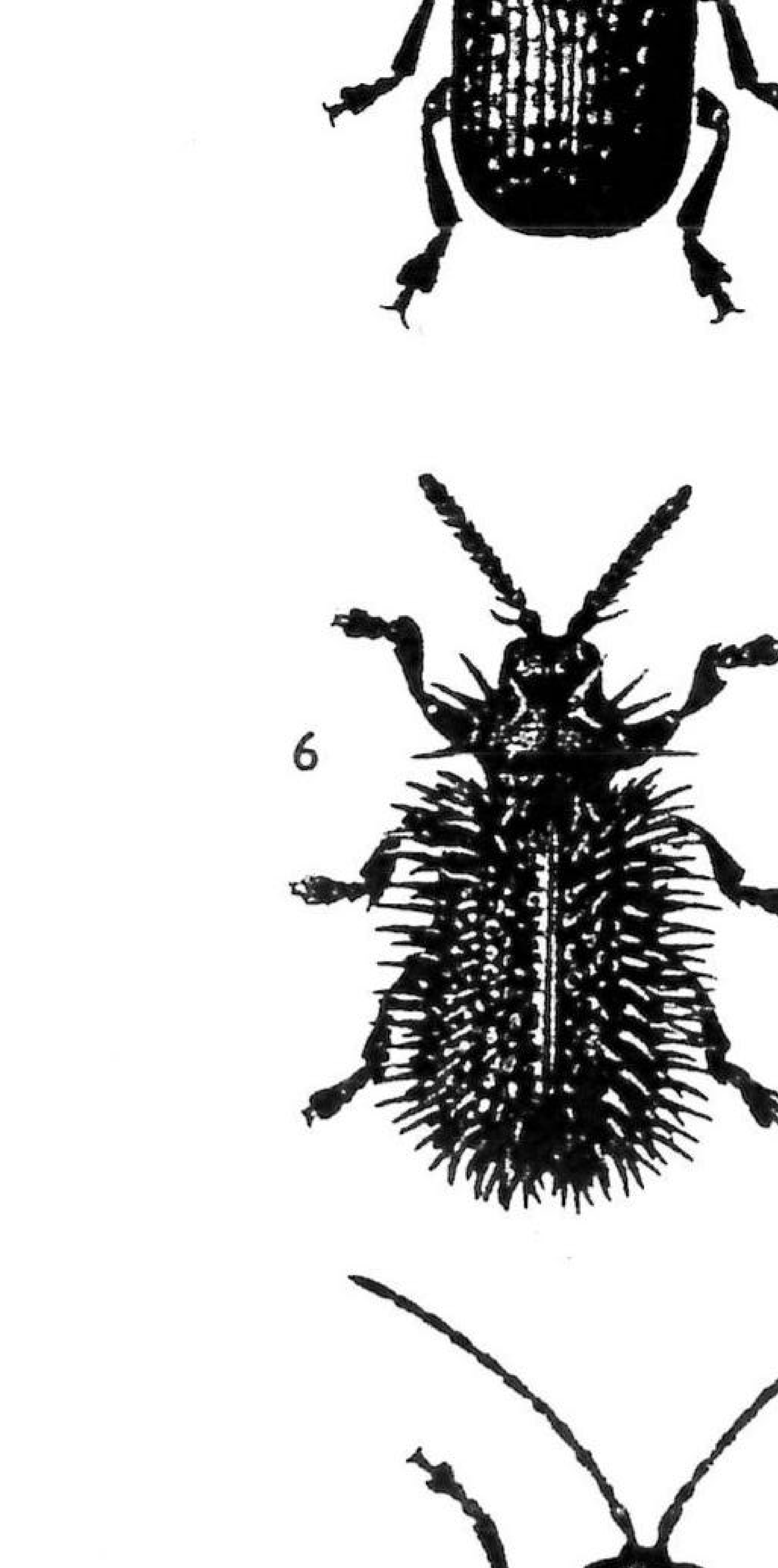
Wir sind schon da!
Ein Film über die Sans Papiers.
FrauenLesbenFilmCollectif Berlin 1997, 63 Min.

Frauen der Selbstorganisation von Migrantinnen ohne Papiere in Frankreich erzählen über ihre Organisierung, ihre Geschichte und ihre Forderungen.

Im Anschluß an die Filme:
Diskussion mit den FilmemacherInnen

Donnerstag, 8. Juli, 20 Uhr
im B.d.R., Brunnenstr. 183





9

6



Sonntag, 6. Juni 1999

Polizistin geschlagen, dann Demonstranten eingekesselt

Gipfel-Randale: 44 Festnahmen

Von JÖRG GERLE und DORA KLEIN (Fotos)

Der internationale antifaschistische Block
auf der Anti-EU-Demonstration am 29. Mai 1999 in Köln – Die Nachbereitung der [Antifaschistischen Aktion Berlin]

Die Vorgeschichte

Die Vorbereitungen der Gegenaktivitäten zum Doppelgipfel (EU und WWG) hatten ein Jahr Vorlaufzeit. Nach anfänglicher Hinwendung zur den Anti-WWG-Aktivitäten (Nostalgie) entschlossen wir uns jedoch zur eigenständigen Antifa-Mobilisierung gegen den EU-Gipfel aus der Notwendigkeit internationaler antifaschistischer Vernetzung und der Einsicht heraus, daß der EU-Politik in der Radikalen Linken ein größerer Stellenwert eingeräumt wird. Gleichzeitig kam der Vorschlag eines gemeinsamen europaweiten Antifa-Plakates für Köln. Erste Vorgespräche mit den französischen SCALP/REFLEX verliefen vielversprechend.

In Köln entstanden zu der Zeit drei verschiedene Vorbereitungstreffen, die zu den beiden Gipfeln Gegenaktivitäten planten. Das breiteste war das in der „Antoniterkirche", das den Schwerpunkt auf den europäischen Märschen und den „Alternativgipfel" legte.
Wir beteiligten uns an den bundesweiten linksradikalen Treffen. Unser Ziel war dabei eine gemeinsame (Bündnis-)Demonstration gegen den EU-Gipfel, da die Stärke dieser Demonstrationen schon immer im gemeinsamen Handeln der verschiedensten Gruppierungen war – in dem die Linksradikalen immer ein prägender Faktor waren.

Dann wurde der Gipfel auf einen Termin während der Woche verschoben und die europäische Mobilisierung auf das Wochenende davor verlegt. Die linksradikale Mobilisierung verlagerte sich auf den Beginn des EU-Gipfels. Wir beteiligten uns nach Gesprächen mit den Gruppen aus dem europäischen Ausland auf den 29. Mai, da wir sowohl an der europaweiten Mobilisierung als auch an dem Bündnis festhalten wollten. Nachteil dieser Entscheidung war die Auseinanderdifferenzierung von radikal und reformistisch, die von Ökolinx betrieben wurde.

Die Mobilisierung

In Berlin ließ sich mit den anderen linksradikalen Gruppen kaum eine gemeinsame Praxis entwickeln. Sie blieben zu großen Teilen auf der inhaltlichen Bestimmung ihrer Positionen zu EU und Euro stehen, was mit minimaler Praxis unbedeutend bleiben mußte. Der linksradikale Kongreß in Berlin und die interkontinentale Karawane (ICC) waren nicht gerade öffentlichkeitswirksame Aktionen und wurden hier auch nicht in näheren Zusammenhang mit Köln gestellt. Unsere anfängliche Beteiligung war unnötig – auch hier war bereits früh der Revoluzzer/Reformer-Streit auf dem Tisch, der kontraproduktiv war, weil dadurch Leute weggeblieben sind.
Zeitverschwendung für uns waren die Treffen mit den bundesweiten Linksradikalen in Köln, da mit Ökolinx nur schwer Politik zu machen ist. Dabei waren kaum ihre Inhalte das Problem, sondern ihr Ansatz, nur durch Abgrenzung Politik zu machen. Das ist kein gangbares Konzept zu Zeiten, in denen die Linke so unbedeutend ist wie heute.

Jedenfalls war der Doppelgipfel überall Thema, und es kann schon festgehalten werden, daß sich fast alle irgendwie daran beteiligt haben.

Da das Thema EU in großen Teilen der Antifa noch auf Ablehnung bzw. Unwissen stieß, entschlossen wir uns zu einem informativen Aufruf. Nach und nach meldeten sich Antifa-Gruppen aus der ganzen BRD bei uns, wollten mehr Infos zur Demo und sagten ihre Teilnahme zu. In Berlin haben wir unser Umfeld erfolgreich mobilisiert. Es sind viele Jugendgruppen und andere Zusammenhänge mitgefahren, und wir konnten so immerhin drei Busse füllen.

Die Demonstration

Unser Block war ein europaweit geprägter Antifa-Block, womit wir unser Hauptziel erreicht haben. Er war vorbildlich geschlossen und vom Auftreten her eine Besonderheit auf der Demo.
Um unsere europäischen GenossInnen haben wir uns ganz gut gekümmert, sie hatten immer AnsprechpartnerInnen und die Verständigung hat auch geklappt – so wie die Organisation der Demo überhaupt. Gut waren die Infobriefe im Vorfeld. Das hat bewirkt, daß nahezu alle in Ketten gelaufen sind, viele Transparente mitgebracht haben und mit den Basisinformationen versorgt waren. Ein Fehler war die hintere Position des Blocks innerhalb der Demo. Bei der nächsten großen Bündnisdemo muß darauf geachtet werden, daß wir weiter vorne gehen, um es den Bullen schwerer zu machen, die Demo zu spalten. Dies ist jedoch auch auf die mangelhafte Organisation der Verantwortlichen vor Ort zurückzuführen. Hier

Die Grüne Partei läßt den Hungerstreik der "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" durch Polizeieinsatz räumen

Nach elf Tagen friedlicher Besetzung des Grünen Kreisverbandsbüros wurden wir am Dienstag, den 15. Juni auf Veranlassung der Grünen/Bündnis 90 polizeilich geräumt.

Gegen 9.00 Uhr, als der überwiegende Teil von uns noch schlief, stürmte ein Sondereinsatzkommando der Polizei die Räumlichkeiten am Waidmarkt. Die Polizeibeamten gingen mit äußerster Härte und brutal gegen uns vor. Es wurde uns verboten, uns zu äußern, als dennoch jemand wagte, die Parole "Der Hungerstreik muß weitergehen!" auszurufen, stürzten sich mehrere Beamten auf ihn und schlugen ihm die Brille vom Kopf. Er wurde an Händen und Füßen gefesselt und zum Polizeiwagen geschleift. Während des fünfstündigen Polizeigewahrsams wurde uns das dringend benötigte Wasser zum Trinken verweigert, stattdessen wurde uns zynischerweise Essen angeboten.

Die öffentliche Verlautbarung der Grünen, die Räumung sei gewaltfrei abgelaufen, entspricht nicht im Geringsten dem tatsächlichen Geschehen. Darüberhinaus wurde die polizeiliche Räumung von den Grünen ohne vorherige Warnung uns gegenüber veranlaßt.

Seit dem 4. Juni hatten wir, Flüchtlin-

daraufhin ihre Proteste an anderen Orten fortgesetzt.

Durch die polizeiliche Räumung haben die Grünen mögliche Abschiebungen bewußt vorangetrieben. Sie haben uns direkt der deutschen Abschiebemaschinerie ausgeliefert, die aus ihrem Mord an dem sudanesischem Flüchtling Aamir Mohamed Ageeb noch keinerlei Konsequenzen gezogen hat, sondern im Gegenteil den mörderischen Umgang mit Asylbewerbern und Asylbewerberinnen zur Tagesordnung macht. Sie haben in Kauf genommen, mit unserem Leben zu spielen und uns direkt ans Messer unserer Verfolgerstaaten auszuliefern. Besonders im Falle unseres tamilischen Freundes Tharmalingam Raveenthiran konnte die Freilassung erst einen Tag später durch massiven Protest vor allem durch Unterstützung der antirassistischen Kampagne "Kein Mensch ist illegal" erzwungen werden. Wäre es zu einer Abschiebung gekommen, hätte die grüne Partei, die sich

Jungle World Nr. 26 · 23. Juni 1999 ·

Pfiffe aus der zweiten Reihe

In Köln mobilisierte ein breites Spektrum gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Gerhard Schröder gönnt sich ein Päuschen. Mit Ulrich Wickert schlendert er in der Hochsicherheitszone in der Kölner Altstadt und setzt sich in einer Kneipe in die Sonne. Die guten Plätze an den Absperrgittern sind schnell besetzt. Die Handvoll Aktivisten der Kampagne Erlaßjahr 2000 jedenfalls können nur aus der zweiten Reihe pfeifen. Den Kanzler stört's nicht. In Ruhe trinkt er ein Weizenbier, bevor er sich wieder ins Gipfeltreiben stürzt. »Herr Wickert muß zahlen«, sagt er der Kellnerin beim Gehen.

Zwei Stunden zuvor hatten noch Zehntausende Demonstranten das Gelände um den Tagungsort des Weltwirtschaftsgipfels in der Kölner Altstadt umstellt, sich die Hände gereicht, gepfiffen und gesungen. Vor allem christliches Liedgut. Mit einer Menschenkette um den G8-Gipfel demonstrierte die von christlichen Gruppen dominierte internationale Kampagne Erlaßjahr 2000 für einen »weitreichenden Schuldenerlaß für die armen Länder der Erde im Jahr 2000«.

Mit 50 000 Teilnehmern hatten die Veranstalter gerechnet, 35 000 waren nach ihren Angaben gekommen. Aber das konnte die Christenmenschen nicht erschüttern. Denn immerhin waren Joachim Kardinal Meisner anwesend, ebenso wie Heidi Wieczorek-Zeul und der

Sänger von U2, Bono Vox.

Den rund 350 indischen Bäuerinnen und Bauern der Interkontinentalen Karawane für Solidarität und Widerstand war hingegen am Gipfelsamstag die gute Laune längst vergangen. Viele von ihnen trauten sich nicht, an der Demonstration gegen Armut, Rassismus und Krieg teilzunehmen, die zeitgleich mit der Menschenkette stattfand und an der sich über 10 000 Menschen beteiligten. Am Tag zuvor hatten sie unter dem Motto »Auslachen statt Mitmachen« eine »Laugh Parade« auf der Kölner Domplatte abhalten wollen.

Doch kaum hatten die Sicherheitskräfte von der bevorstehenden Aktion gehört, war Schluß mit lustig: Unmittelbar, nachdem die Karawane-Gruppe in Köln-Riehl die Straßenbahn bestiegen hatten, umstellte die Polizei die Bahn, nahm 18 Personen in Gewahrsam und erteilte dem Rest Platzverweise für den gesamten Innenstadtbereich.

Auch die Teilnehmer des »Alternativen Weltwirtschaftsgipfels« mußten unangenehme Bekanntschaft mit der Staatsmacht machen. Ihnen wurde zum Verhängnis, daß ihr Tagungsort, die Volkshochschule am Neumarkt, unmittelbar an die Josef-Haubrich-Kunsthalle angrenzt. Dort war am Freitag abend das »Damenprogramm« für die »First Ladies« angesagt. Mit Gu-

die Menschenrechte, Gerechtigkeit und ...« demonstrieren. Das Büro der ... die Menschen aus

---

Chor: "Dafür, daß wegen Euch auf uns geschaut wird. Je öfter wir in den Medien sind, desto erfolgreicher müssen wir sein. Danke auch dafür, daß wir jung und attraktiv sind."

Lautis: "Weder Medienrealitäten noch Lifestyle-Kategorien waren uns bisher als ernstzunehmende Indikatoren für Stärke und überzeugendes Handeln in den Sinn gekommen.Das wird sich ändern und nächstes Jahr richten wir den Revolutionswettbewerb "Welcher schmeißt am attraktivsten einen Pflasterstein" aus. Als Preisgeld gibt es die Zusage, im nächsten Jahr auf einem AAB-Plakat abgebildet zu sein."

Off: AAB, wir danken Dir !

Chor: "Danke dafür, daß Ihr als bundesweite Organisation nicht nur den 1.Mai organisiert, sondern auch noch Nazi-Aktivitäten bundesweit verhindert."

Lautis: "Sie setzen die Demonstrationsverbote konsequent durch. Gemeinsam sind wir stark !"

Off: AAB, wir danken Dir !

Chor: "Dafür daß Ihr uns im nächsten Jahrtausend in Eure Demovorbereitung und Demo einbeziehen wollt."

Lautis: "Wir können uns nichts Sinnvolleres und Schöneres vorstellen, als uns von Euch funktionalisieren zu lassen und Eure Handzettel zu verteilen. Die Zusammenarbeit mit Euch wird prima. Gegenteilige Erfahrungen sowie Aufforderungen zur Selbstkritik werden vor dem Hintergrund des Millenniums und anhängiger revolutionärer Phantasmen zurückgestellt. Gemeinsam unter Führung der AAB in die Zukunft!"

Off: AAB, wir danken Dir !

Chor: "Dafür, daß Ihr die Bullenübergriffe am 1.Mai als unvermeidlich und unwiderstehlich dargestellt habt."

Lautis: "Jetzt müssen wir uns nicht mehr den Kopp darum machen, wie solche zu verhindern sind, wie mann/frau sich in kritischen Situationen zu verhalten hat und wie mit eventuellen Gewalterfahrungen umzugehen ist. Den Militanzbegriff jenseits postpubertierender Männlichkeitsrituale zu definieren war uns bisher ein Anliegen, aber jetzt lassen wir uns doch darauf sowie auf popkulturelle Spektakel ein."

Off: AAB, wir danken Dir !

Chor: "Dafür, daß Eure Wahrnehmung zumindestens nicht in dem Punkt getrübt ist, daß "Alkoholkonsum von v.a. männlichen Teilnehmern" nicht schön ist."

Lautis:"Kein 'kulturell ausstrahlenden Faktor' ?!? Wahrlich, diese Einsicht zeigt, daß die langjährige Kritik am Vatertagsverhalten in Teilen der 'radikalen Linken' von Ihnen gehört worden ist !"

Off: AAB, wir danken Dir !

Chor: "Dafür, daß Ihr Kritik gegenüber aufgeschlossen seid !"

Stimmengewirr aus den Lautis: "Wie ?!?", "die AAB !?!", "wo das !?!", "wie, nächstes Jahr kein Happening, kein Spektakel? Da kann ich ja meinen Urlaub umbuchen !?!", "etwa Durchsagen zum Verhalten auf der Demo, zum Verlauf ?", entsetzt: "kein ATR, sondern politische Inhalte ?"

Off: AAB, wir danken Dir !

Chor: -

Lautis: "Dafür, daß Ihr Euch den 1.Mai nicht durch bei Euch anstehende Vergewaltigungsdiskussionen ermiesen und Euch bekannte Vergewaltiger auf der Demo mitlaufen lasst."

EineR löst sich aus dem Chor und spricht zum Publikum gewandt: "Nun denn, an diesem Punkt sind sie latter mainstream."

OFF, *Chor* und Lautis, sowie Männer und Frauen im Publikum und am Tisch gemeinsam:

"AAB, wir danken Dir !"

eiserner Vorhang fällt

Billboards werden in den Publikumsraum hinuntergelassen und es erscheinen die Schriftzüge:
"AAB. AUTISTISCH. KRITIKSCHEU, KONSUMGEIL, KULTURPOLITISCH. AAB. ANACHRONISTISCH. MASSENPSYCHOLOGISCH, MITTE- ORIENTIERT, MÄNNERBÜNDISCH UND MACKERKULTIG. AAB. BESCHEUERT. ORGANISATIONSGEIL, ORDNUNGSFETISCHISTISCH, OBRIGKEITSFIXIERT. AAB. OBSOLET."

Eine Person (männlich/weiblich/transsexual/transidentical) im Publikum: " Auf jeden Fall so, wie die jetzt noch drauf sind."

Aus dem OFF eine keifende Stimme: "Das wird Konsequenzen haben !"

Ende.

mit anderen Leuten, die in den Laden kommen. Wo man nicht notwendig schon unglaublich politisch drauf sein muß, um sich reintrauen zu können. Wo auch mal einer nur wegen 'ner Siegessäule, oder eine wegen de:bug vorbeikommt. Es muß normal werden, Linken nicht nur auf Veranstaltungen und Demos, sondern eben auch im Alltag zu begegnen.

Nummer 1: Also ich will gar keine Buchhandlung betreiben. Ich will, daß von Politik+Rausch auch eine andere Form von Praxis ausgeht, als 'nur' Papiere über den Ladentisch schieben, oder Diskussionen anregen. Irgendwas Aktiveres, genau kann ich mir das aber noch nicht vorstellen. Politik nicht nur intellektuell begleiten, sondern auch organisieren, oder so.

Den Gestus kenn' ich doch? Ihr macht einen autonomen Infoladen?

Nummer 3: Nein. Die Autonomen sind einfach nicht unser politischer Hauptbezugspunkt...

Nummer 8: Soweit ich Infoläden kenne, sind das recht selbstgenügsame Einrichtungen, die sich an ein Publikum von Freunden und Bekannten wenden, wo's auf beiden Seiten keine sieren dürfen, worin deren Opposition besteht. Und sie besteht eben zu einem guten Teil in Abgrenzung von "den Spießern" auf der Ebene eines "mein Lebensstil ist besser als Deiner". Wer die 'falschen' Worte benutzt oder gar 40 Stunden die Woche arbeitet, wird schon gar nicht mehr als politisch ansprechbar erkannt. Was der oder die mit den falschen Worten sagen will, wird dann schon gar nicht mehr gefragt. Und 40 Stunden malochen würd' ich ja selbst für mich nicht wollen. Aber den Anspruch, zu verstehen, warum das viele machen und was sie davon haben, den sollte man schon haben.

Nummer 2: Klar geht's auch um eine Selbstmarginalisierung. Guck' Dir zum Beipiel die 50 Seiten "Wo ist Behle", an, die vor einem Jahr als Interim-Sondernummer erschienen. Da wird Selbstmarginalisierung zum Programm erhoben, indem man die DurchschnittsbürgerInnen als militant zu bekämpfende Feinde ausmacht. Und wodurch werden sie ausgemacht? Durch einen "Streifzug durch die bundesdeutsche Sozialstruktur", der nichts anderes ist, als ein

seits redet Ihr so tolerant vom Voneinander-Lernen und andererseits grenzt Ihr Euch doch selbst die ganze Zeit ab. Wenn ich Euch darauf hinweisen darf, im Moment gerade, indem Ihr den Autonomen Selbstmarginalisierung vorwerft. Marginalisiert Ihr da nicht mächtig mit?

Nummer 6: Ja, die ständige Auseinandersetzung einiger hier mit ihrer politischen Geschichte hat schon so Züge. Da wird Abgrenzung immer wieder wichtig. Das dominiert dann ganz schnell die Diskussion und richtet sie in einer nicht immer produktiven Weise aus.

Nummer 2: Ich denke schon, daß man sich politische Positionen in Abgrenzung von anderen Positionen bildet. Und den Streit zwischen diesen Positionen sollte man auch scharf austragen und nicht harmonisierend herunterspielen. Denn nur dann tut sich was in den Köpfen.

Nummer 8: Die Frage ist also, ob es sich um eine inhaltliche Abgrenzung handelt, oder um einen Ausschluß aus der Diskussion. Wir wollen für ersteres und gegen letzteres auftreten: Positionen inhaltlich klar vertreten, aber



Interview mit Alex Alayo Chavez im Abschiebeknast Büren am 14. Juni 1999

F: Wie ist deine Situation hier im Knast?

A: Es geht so. Es ist ein Knast, und entsprechend läuft es hier. Die internationalen Normen werden eingehalten, aber letztendlich ist es eben ein Knast.

F: Ist es für dich nicht merkwürdig, daß du in einem Knast in Deutschland gelandet bist, nachdem du in Peru für die Menschenrechte und die Freiheit gekämpft hast?

A: Das ist eine paradoxe und schmerzliche Situation, wenn du immer für die Freiheit anderer GenossInnen gekämpft hast, aber plötzlich um deine eigene kämpfen mußt. Das läßt dich an die vielen hundert GenossInnen denken, die unter schlimmeren Bedingungen eingeknastet sind und trotzdem aufrecht und mit Würde durchhalten.

F: Du hast an dem Hungerstreik teilgenommen, obwohl du wußtest, daß du illegal bist. War diese Teilnahme nicht ein bißchen riskant?

A: Ja, das war schon ein bißchen riskant, ziemlich riskant. Die Entscheidung, an dem Hungerstreik teilzunehmen, hat zu einer [illegible] Diskussion mit einigen GenossInnen geführt, aber der Kampf der Illegalen und Flüchtlinge ist auch ein wichtiger Kampf, der in diesem Moment Unterstützung verdient hat. Es gibt immer ein Risiko, aber kein Kampf kann ohne Risiken gewonnen werden.

F: Denkst du, daß deine Festnahme ein Zufall war, oder hatte das etwas mit dem Hungerstreik zu tun?

A: Ich weiß nicht, ich bin nicht sicher, aber es ist schon merkwürdig, daß sie mich festgenommen haben, als ich gerade vom Hungerstreik kam. Der Sicherheitsapparat funktioniert gut, und die Probleme, die ich jetzt habe, können morgen die anderen GenossInnen haben, die an dem Hungerstreik teilnehmen. Das ist das Risiko, das wir [illegible]

Familien arm sind und weit weg [illegible]. Der Gesundheitszustand der Kranken hat sich verschlechtert. Angehörige werden weiterhin bestraft und bedroht, mit dem Ziel, sie mürbe zu machen und das Abschwören durchzusetzen.

F: Inwiefern weichen die Bedingungen der politischen Gefangenen in Peru von den internationalen Menschenrechtsnormen ab?

A: Die Knäste und die Gesetze unter denen 7000 politische Gefangene im Knast sind, verletzen sämtliche internationalen Normen. Es fehlen die Garantien, die es in jedem Gerichtsverfahren geben muß: Unabhängigkeit der Justiz, das Recht auf ein faires Verfahren, das Recht auf Verteidigung, Ermittlungen der Anklagepunkte und das Recht, [illegible]

[illegible] Die Probleme, die wir heute in Peru haben, sind ähnlich wie die anderer Völker. Unsere Kämpfe, so verschieden und heterogen sie auch sind, sollen eine gemeinsame Richtung haben: die Einheit und die konkrete Solidarität. Die Anwesenheit von tausenden von Flüchtlingen und Illegalen in Europa zeigt die Konsequenzen der Politik der Länder des Nordens im Süden auf, und deshalb bleibt uns kein anderer Weg als die Organisierung, der Widerstand und der Kampf für unsere Würde. Unsere Zukunft hängt von uns ab, von unserem entschlossenen und überzeugten Einsatz.

Danke für die Solidarität, und ich hoffe, euch bald wiederzusehen.

Marusaleem Jeyathas – Tamil Eelam

Warren Stowe – USA



Yigit Senayi – Kurdistan

Freiheit für Alex Alayo Chavez!

Anti-Gen Aktion in Bentfeld

b

Wir haben am Morgen des 18.6.99 das Versuchsfeld der Firma Deutsche Saatveredelung bei Bentfeld, auf dem die Herbizidresistenz von gentechnisch verändertem Raps gegen BASTA getestet wird, zerstört.

Wir wenden uns mit dieser Aktion zum Auftakt des Weltwirtschaftsgipfels gegen jegliche Freisetzungsversuche der Agrokonzerne und Gentech-Multis, wie z.B. Monsanto, AgrEvo und Novartis. Das Vorhaben dieser Agrarmultis auf dem Sektor der Gentechnologie ist offensichtlich: auf die Innovation folgt das Monopol. Vor allem im Bereich "Nutzpflanzen" wird dabei nicht nur wissenschaftlicher Vorsprung auf Jahrzehnte abgesichert, sondern vielmehr eine direkte, qualitativ neue Abhängigkeit der AbnehmerInnen von Saatgut auf Jahre zementiert.
Durch Patentierung der Pflanzen entsteht eine Aufteilung des Saatgut- und Lebensmittelmarktes unter wenigen Großkonzernen, welche über Lizenzverträge den Anbau, die Verarbeitung und die Vermarktung kontrollieren.

Wir beziehen uns mit dieser Aktion auf die widerständische Praxis der Bäuerinnen und Bauern in vielen Ländern des Trikonts. In Indien brennen AktivistInnen des 10 Millionen Mitglieder zählenden Bauernverbandes KRRS Freisetzungsfelder der Firma Monsanto nieder. Der Protest richtet sich unter anderem gegen die Entwicklung der sogenannten Terminatortechnologie - steriles Saatgut, das nach der Ernte nicht wieder eingesetzt werden kann.

Die InderInnen sind Teil der Intercontinental Caravan 99 (ICC 99), die gemeinsam mit weiteren BasisvertreterInnen aus Mexiko, Brasilien, Bangladesch und Nepal zum Weltwirtschaftsgipfel nach Köln kommen, um sich gegen das Diktat einer ökologisch zerstörerischen, kapitalintensiven und durchindustrialisierten Agrarpolitik zu wehren. Auf dem WWG regulieren die imperialistischen Hauptakteure ihre gegenseitige Konkurrenz und besprechen die Aufteilung der Rohstoff- und Absatzmärkte, sowie die Methoden zur Unterdrückung von Opposition.

Gegen Gen- und Reproduktionstechnologie!
Gegen die Manipulation und Selektion von Lebewesen nach Verwertungskriterien!
Gegen die Ausbeutung des Trikonts!
Gegen die kapitalistische Weltordnung!

Grüße an die politischen Gefangenen

Selbstverständlich sind wir viel zu unbedeutend, als daß uns jemand interviewte. Alles muß man selber machen. Daher ist dies ein Selbst-

Interview der Betreiberinnen und Betreiber des Kommunikationsprojektes Politik + Rausch

Ich bin hier im Politik+Rausch, einer ziemlich schmalen Ladenwohnung am Boxhagener Platz, um genau zu sein: In der Grünbergerstraße 73. Im selben Haus ist auch der Stadtteilladen von felS. Mit mir hier sind Leute von Politik+Rausch. Was macht Ihr hier eigentlich?

Nummer 1: Politik+Rausch ist zunächst mal einfach ein Laden, in den man gehen kann,

Nummer 2: ...wenn er geöffnet ist...

Nummer 1: was Dienstags bis Freitags von 15 bis 20 Uhr und Samstags von 11 bis 15 Uhr der Fall ist.

Nummer 2: Hoffentlich.

Nummer 3: Wir haben hier eine kuschelige Sitzecke, was zu trinken, und eine Menge Papier. Politische Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Bücher, die kann man hier lesen, daraus kopieren oder auch kaufen. Wir haben zum einen aktuelle Bücher deutschsprachiger, linksradikaler Verlage, wie ID-Verlag, VLA, Unrast, zum anderen ein paar Schwerpunkte, die wir jenseits enger politischer Grenzen be- ökonomisch verstehen. Dann sind das auch keine getrennten Gegenstände mehr. Ob es uns dann auch gelingt, gegen die gängigen Diskurse diese Perspektive auch durchzuhalten, ist freilich offen.

Nummer 6: Die Frauen im Kollektiv hatten einfach keine Lust, einen Frauentag zu machen. Das führte in den Vorgesprächen zur absurden Situation, daß mehrere Männer die Sinnhaftigkeit eines Frauentages betonten, aber eben selbst keinen machen konnten...

Nummer 8: Oder wollten? Vielleicht ist es ja auch sehr bequem, einen Frauentag gut zu finden ohne selbst was zur kritischen Männerorganisierung beizutragen?

Nummer 3: (ungeduldig) Dann gibt es noch den Schwerpunkt zu Drogen: Politik, Rausch, Repression. Wer mittwochs ins Politik+Rausch kommt, trifft da auf Leute, die sich speziell mit dem Thema beschäftigen wollen: politisch, nicht etwa sozialpädagogisch. Das heißt für uns, Beratung gibt's

hier drin stehen.

Aber wozu braucht eine Politbuchhandlung einen Kopierer? Kopieren kann man doch auch woanders!

Nummer 2: Wir sind keine Buchhandlung. Es geht uns eben nicht nur darum, irgendwelche Informationen unter die Leute zu bringen.

Nummer 1: ...oder bestimmte Informationen...

Nummer 2: Wir wollen mit unserem Laden eine Möglichkeit bieten, aktiv mit Informationen umzugehen, selbst aktiv zu werden. Das politische Problem der Linken ist doch nicht, daß es zu schwierig ist, an Informationen zu kommen. Weder für die Linke, noch für den großen Teil dieser Gesellschaft. Wir werden doch ständig mit Informationen beballert und sollen uns dem Wunsch der Medien-Kapitale entsprechend immer mehr davon reinziehen, damit sie ihr Kapital verwerten können.

Nummer 7: Häh? Die Kirchgruppe verkauft uns doch lieber Spiel- und

im zusammenhang mit ermittlungsverfahren wie z.b. 129/129a verfahren gibt es keine harmlosen fragen und aussagen. taktik und strategisches kalkül stehen hinter jede/r zeugInnenvorladung in solchen verfahren.
„zwischen sich und dem feind einen klaren trennungsstrich ziehen“ (mao)
meine entscheidung war daher klar: kein freiwilliges erscheinen vorm olg-staatsschutzsenat in düsseldorf, kein vorauseilender gehorsam und die mir zugewiesene rolle zu übernehmen, demonstrativ den robetragenden henkern den rücken zu kehren und deswegen keine angaben zur person und zu gestellten fragen.
ebenso ergriff ich nicht den gereichten strohhalm von paragraphen wie 55/68, versteckte mich nicht dort hinter, um bei der späteren argumentation und rechtfertigung meine kritikerInnen mundtot zu machen und gleichzeitig meine klammheimliche angst abzuwürgen.
puh, wir lassen uns nicht einschüchtern!
puh, wir sagen nix!
solidarität!
verbreitet meine erklärungen und organisiert veranstaltungen und öffentlichkeitsarbeit. schafft strukturen und spendet auf das konto „rote hilfe (beugehaft) nr. 775280107 bei der postbank berlin, blz 100 100 10“.
auch schreiben darf mir'auch jede/r

frank ament
jva 40476 düsseldorf
ulmenstr. 95

weitere informationen und kontakte

-rote hilfe ortsgruppe hamburg postfach 306302, 20329 hamburg, fax 040-4390812

-prozeßbeobachterInnen c/o goethestr.3, 52064 aachen, fax 0241-708410

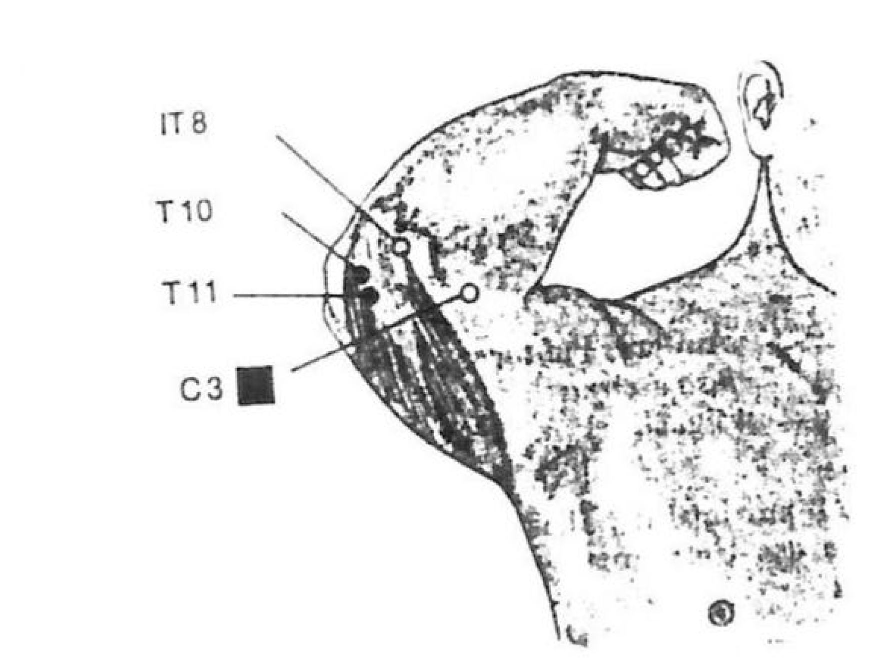
-rechtsanwältin ursula ehrhardt schanzenstr. 117, 20357 hamburg
tel. 040-43252661 fax 040-43252660

frank ament
jva düsseldorf 10.5.99

27.5.99

ciao liebe leute,
ichhabe diese woche die letzte interim erhalten. die vorherige ausgabe wurde zur habe genommen. für diese form d. solidarität möchte ich herz-

wir haben am abend des 12. juni an einem mit mehreren "republikaner"-aufklebern versehenen dunkelblauen matzda(b-bd277) in der kastanienallee in berlin prenzl'berg einige veränderungen vorgenommen.
wir hoffen dem besitzer ist durch den zerkratzten lack und die zerstochenen reifen klar geworden das es durchaus u nangenehme folgen haben kann offen als faschist aufzutreten. - einige antifas



Wir haben am Abend des 15.6.99 die Geschaeftsstelle von Buendnis90Gruenen in Aachen mit Steinen und Farbe besucht.

Einen Tag zuvor hat ein sek der Koelner Polizei die Bueros des Kreisverbands Koeln von Buendnis90Gruenen gestürmt. Dabei wurde dort anwesende Aktivisten von Fluechtlingsorganisationen verhaftet, die diese Bueros friedlich besetzt hatten, um mit einem Hungerstreik auf ihre Situation in der brd aufmerksam zu machen. Bei den Besetzern handelte es sich zum Teil um sogenannte illegale, das heisst um Menschen, die in Folge der rassistischen Gesetzgebung hierzulande keinen Aufenthaltsstatus besitzen. Auftraggeber des sek Einsatzes: Die Gruenen hoechstpersoenlich.

Mit der Entscheidung, illegalisierte Menschen in die pruegelnden Arme der Polizei zu geben, haben die Gruenen auf ein Neues gezeigt, was spaetestens die Regierungsbeteiligung aus ihnen gemacht hat: Einen reaktionaeren, menschenverachtenden Haufen. Den Fluechtlingen droht durch die Polizeimassnahmen die Abschiebung in Folter und Tod.

Kurz nach dem angeblichen Ende des Angriffskrieges gegen Jugoslawien unter aktiver gruener Beteiligung also ein weiterer Schritt der Gruenen weg von urspruenglich emanzipierten Ideen hin zum rassistischen Normalzustand.

Uns geht es darum aufzuzeigen, dass Buendnis90Gruen in fortschrittlichen Zusammenhaengen nichts mehr verloren hat und bei Bedarf wie alle Rassisten anzugreifen ist. Immer und ueberall. Die Unterscheidung in nette und boese Gruene, Personen oder Ortsverbaende, ist Humbug.

Gruen ist Gewalt, Rassismus und Tod.

P.S. Die neue Fensterscheibe scheint auch nicht aus Panzerglas zu sein...

BLEIBERECHT FUER ALLE!

RASSISTEN ANGREIFEN!

Anschlag auf den Fiskus

Molotow-Cocktail setzte Büro in Brand



Das Büro des Finanzamtes, das der Molotow-Cocktail zerstörte, wird längere Zeit nicht nutzbar sein. In den restlichen Räumen konnte dank der Tübinger Feuerwehr schon gestern wieder gearbeitet werden: Die Wehrmänner belüfteten das völlig verrauchte Gebäude über zwei Stunden lang. Bild: Metz

TÜBINGEN (mat). Die Kasse des Tübinger Finanzamtes in der Steinlachallee ist nach einem Anschlag am frühen Dienstag morgen ausgebrannt. Hinweise auf die Täter, die einen sogenannten Molotow-Cocktail in ein Büro auf der Westseite des Amtsgebäudes warfen, fehlt noch jede Spur.

Gestern kurz vor drei Uhr rückten Feuerwehr und Polizei an die Steinlachallee aus. Ein Bewohner der Thiepval-Kaserne hatte sie alarmiert, weil er ein Feuer im Gebäude der Finanzbehörde bemerkt hatte. Ein Büro im Erdgeschoß des Gebäudes stand in Flammen. Der Grund für den Brand, den die Tübinger Feuerwehr schnell löschen konnte, ist ein Anschlag.

Die Ermittler der Kriminalpolizei Tübingen stellten im völlig ausgebrannten Büro drei Pflastersteine und die Reste eines Brandsatzes sicher. „Wir haben die Reste einer Flasche und eines Socken, der vermutlich als Lunte diente", beschrieb Po-

Wut auf Kriegskasse

Bekennerschreiben zum Finanzamt-Anschlag

aufgrund einer wie auch immer gestalteten entwicklung seit dem 13.6.95 befinden sich alle in einer isolierten situation: sie werden von der linken politisch und faktisch dem staatsschutz überlassen!
auch die aussageverweigerung wurde nicht mehr als ein grundsätzliches verhältnis zur klassenjustiz, zu den bullen und dem staatsschutz begriffen. es wurde bisher individuell und lediglich juristisch umgegangen, ohne sich der verantwortungslosigkeit und der tragweite bewußt zu sein. durch opportunismus und elenden etikettenschwindel tragen sie nicht mehr dazu bei, eine politische diskussion über das aiz-verfahren und ihre konkrete situation darin in der linken einzufordern. ebenso stellen sie dadurch keine inhaltliche verbindung zu den anderen sozialen kämpfen her. es findet keine verständigung über repression und einer gegenstrategie statt.
wohlgemerkt ich spreche hier nicht von den beiden angeklagten!

<u>betroffen sind einzelne, gemeint sind wir alle!</u>
jedes staatsschutzverfahren wie scheinbar abstrus und sonderbar es auch erscheinen mag, verändert die politischen ausgangsbedingungen. und dieses verfahren ist abstrus:
laut nrw- und hamburger verfassungsschutz im prozeß begleiteten die observationsteams die beiden angeklagten auf schritt und tritt, hautnah.
waren demnach die anschläge auf die parlamentarischen hinterbänkler und parteibüros mit der implikation „parlamentarische demokratie / rechtsstaat / legalität" opportun und zur delegitimierung von bewaffneter Politik à la Kinkel?
sollte das beschiessen der fassade eines arbeitgeberverbandes die geschichte mit der symbolik von bewaffneter politik ausstaffieren?
haben nrw/hh-vs den anschlag auf das gebäude des peruanischen generalkonsuls



anna + arthur halten das maul!
oder
„für die aiz in den knast?“ (interim 473 v. 8.4.99)

3. märz 1. vorladung: 400,- dm oder 4 tage haft
27. märz 2. vorladung: 800,- dm oder 8 tage haft
11. april: festnahme + zwangsvorführung beim staatsschutzsenat am olg düsseldorf
12. april: „ungebührliches verhalten“ 1 woche ordnungshaft plus kosten d. verfahrens + 6 monate beugehaft
20. april: „ungebührliches verhalten“ erneut 1 woche ordnungshaft in der jva düsseldorf
27. april: „der zeuge frank ament wiederholte bei dem heutigen versuch einer vernehmung sein bereits an den hauptverhandlungstagen vom 12. + 20. april an den tag gelegtes und mit ordnungshaft jeweils von einer woche geahndetes verhalten, indem er bei eintritt des senats mit dem rücken dem senat zugewandt- den blick in den zuhörerraum gerichtet- am zeugentisch stand und auf mehrmalige aufforderung des vorsitzenden diese position nicht änderte.
dieses verhalten des zeugen läßt besorgen, daß er- worauf auch seine ausführungen in der zeitschrift „interim“ vom 8. april dieses jahres hindeuten könnten- aus ideologischer verblendung oder auf der grundlage sonstiger persönlicher befindlichkeiten derart in seinem einmal getroffenen entschluß verhaftet ist, daß ihm eine rückkehr zu einem situations- und altersgerechten verhalten derzeit offenbar nur unter besonderen anstrengungen möglich wäre.

Autonomes Antikriegsplenum

Warum wir weitermachen und warum wir uns an der Mobilisierung gegen das Bundeswehrgelöbnis am 20.7. beteiligen.

Wir denken, daß mit dem Ende der NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien der Widerstand gegen die Kriegspolitik der BRD nicht aufhören darf. Zum einen, weil die Reaktion der radikalen Linken Defizite offenbart hat, die es unbedingt zu überwinden gilt. Zum anderen, weil wir in diesem Krieg einen für die Herrschenden gelungenen Präzedenzfall sehen, der sie zu zukünftigen Aggressionen und Kriegen ermutigen wird.
Wenn am 20.7. die „antifaschistische Tradition“ der Bundeswehr als militaristisches Medienspektakel gefeiert werden soll, sehen wir dies als Fortsetzung der schamlosen und geschichtsverdrehenden Kriegspropaganda an.
Wir rufen deshalb zum massiven Protest gegen das öffentliche Bundeswehrgelöbnis am 20.7. an der Gedenkstätte des 20. Juli im Bendlerblock auf.

Warum wir weitermachen:

Der NATO-Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien war der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Entwicklungen, die zwar absehbar waren, aber viele dennoch überrascht haben. Die imperialistischen Staaten machen von der Handlungsfreiheit, die sie durch die ökonomische und militärische Schwäche der ehemals sozialistischen Staaten gewonnen haben, tatsächlich Gebrauch. Die EURO-Fraktion im imperialistischen Lager ist genauso aggressiv wie die Dollar-Fraktion und die BRD erkämpft sich darin ihren „Platz an der Sonne“. Insbesondere für die BRD-Regierung bedeutet der Balkan-Krieg den erfolgreichen Abschluß einer spätestens seit der Wiedervereinigung angestrebten und schrittweise umgesetzten Rehabilitation des Krieges als politischem Mittel. Dies ist eingebettet in das Bestreben der NATO, Akzeptanz für weltweites militärisches Vorgehen ohne UN-Deckmantel zu schaffen, ebenso wie in das Bestreben der EU auch ohne US-Armee militärisch handlungsfähig zu sein.
Während der Westen weiterhin daran arbeitet, seine ökonomische Macht direkt in militärische Bedrohung umzusetzen ist es gleichzeitig weitgehend gelungen der Öffentlichkeit ein Selbstverständnis zu vermitteln, das sich gegen traditionelle Kritik immunisiert hat. Nach dem Verteidigungsbündnis gegen die kommunistische Bedrohung kommt nun die Wertegemeinschaft demokratischer Rechtsstaaten, die um Stabilität, Frieden und Menschenrechte besorgt ist und sich mit regionalen Konflikten, unvernünftigen Machthabern und fanatisierten

BRD spätestens seit der diplomatischen Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens die Ethnisierung der sozialen Konflikte in Jugoslawien vorangetrieben und gefördert hat, sowie, daß Restjugoslawien bzw. Serbien u.a. wegen seiner Widerspenstigkeit gegenüber den Forderungen des IWF den Vernichtungswillen der NATO auf sich gezogen haben könnte.

Weit auseinander gingen die Einschätzungen jedoch z.B. in der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Verarmung und ethnischer bzw. nationalistischer Mobilisierung. Die Diskussion erinnerte an die Auseinandersetzung um die These, daß der Aufschwung des Neofaschismus vor allem unter ostdeutschen Jugendlichen eine Folge der Abwicklung der DDR-Wirtschaft sei. Ihnen fehlten angeblich Arbeitsplätze und politische Bildung.

Ist der IWF somit verantwortlich für die Kriegsverbrechen im Bosnien-Krieg? Ist der Nationalismus in Ländern wie Jugoslawien nur verführter und irregeleiteter Protest gegen unzumutbare soziale und ökonomische Bedingungen oder ist der Nationalismus für diese Bedingungen mitverantwortlich?

Restjugoslawien, insbesondere Serbien hat sich der völligen Vereinnahmung durch des westliche Kapital widersetzt (im Vergleich z.B. zu Kroatien). Angeblich existieren noch nichtprivatisierte Staatsunternehmen und Reste der ehemaligen Arbeiterselbstverwaltung. Ist der jugoslawische Staat deshalb unser Verbündeter gegen den Neoliberalismus? Auch solche Diskussionen gab es schon früher unter dem Stichwort „objektiver Antiimperialismus" im Zusammenhang mit Fragen, wie z.B. die islamische Revolution im Iran strategisch einzuschätzen sei.

Durch die unterschiedliche Beantwortung dieser Fragen ergaben sich durchaus in Linken Kreisen so auseinanderliegende Standpunkte wie: „ Wenn sich die jugoslawischen Menschen auf die Brücken stellen, um sie mit ihrem Leben gegen NATO-Bomben zu verteidigen, verteidigen sie der Sache nach, ganz unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Meinung, ihre Arbeitsplätze gegen den bewaffneten Angriff des Neoliberalismus." oder „Eine militärische Intervention zur Verhinderung von Massakern wäre im Grunde gerechtfertigt. Nur müßten sich dazu Bodentruppen z.B. unter UN-Mandat zwischen die jugoslawische Bundesarmee und die kosovo-albanische Bevölkerung stellen."

Im autonomen Antikriegsplenum brachen Differenzen in erster Linie an der Frage aus, wie sich den jugoslawischen DemonstrantInnen gegenüber verhalten werden sollte. Ein Redebeitrag aus dem Lautsprecherwagen brachte den Block der jugoslawischen Leute dazu, die Antikriegsdemo am 24.4. in Schöneberg geschlossen zu verlassen An der Frage, ob dies eher als konsequent und richtig oder aber als politische Katastrophe zu bewerten sei, eskalierten die Auseinandersetzungen. Viel Zeit und Energie ging in Streitigkeiten verloren, währenddessen die Mobilisierung vernachlässigt wurde. Viele blieben den Treffen fern.



Deutschland wiedergutgemacht

Aufruf zur Konferenz

Seit dem 24. März 1999 führt Deutschland wieder Krieg. Einen Krieg, der mit der Losung NIE WIEDER AUSCHWITZ legitimiert wird: Deutschland kämpft im Rahmen der Nato gegen die „Dikatoren" und „Völkermörder". So dokumentiert Deutschland, daß es geläutert ist und auf die Einhaltung der Menschenrechte pocht. Es war einer rotgrünen Bundesregierung vorbehalten, die letzten als Fesseln empfundenen Beschränkungen aufzuheben, die einen deutschen Angriffskrieg auf Länder, die unter der deutschen Besatzung litten, undenkbar scheinen ließen. Eine Bundesregierung, die wie ihre Vorgängerinnen nicht willens ist, alle NS-Opfer zu entschädigen, beansprucht das Definitionsrecht darüber, was Auschwitz gewesen ist und was heute „Auschwitz" sein soll.

Wie geläutert dieses Deutschland ist und was man hier aus der Vergangenheit gelernt hat, zeigt sich nicht zuletzt am Umgang der rotgrünen Bundesregierung, der deutschen Unternehmen und der deutschen Justiz mit den Forderungen der Überlebenden aus den Vernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens." Sie fordern die sofortige Einstellung der Bombardements und verurteilen, daß zugunsten des Auftrages NIE WIEDER AUSCHWITZ die Forderung NIE WIEDER KRIEG für obsolet erklärt wird.

Das bundesweite Bündnis gegen IG Farben setzt sich seit über zehn Jahren dafür ein, daß die Nachfolgegesellschaft des während des letzten deutschen Krieges weltweit größten Konzerns aufgelöst wird und alle NS-Opfer finanziell entschädigt werden. In der Geschichte der „IG Farbenindustrie in Abwicklung AG" (IG Farben) präsentiert sich west- der Arbeit des Bündnisses vollkommen verändert: Während Deutschland mit der Begründung, aus der Vergangenheit gelernt zu haben, wieder Krieg führt, geht der Kleinkrieg gegen die Überlebenden der Nazi-Verbrechen unvermindert weiter. Während wieder deutsche Bomben auf Belgrad fallen, soll voraussichtlich ausgerechnet am 1. September 1999, dem 60. Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen, der Fonds der deutschen Unternehmen gegründet werden. Damit wollen sich diese mit finanziellen Abfindungen Rechtssicherheit gegen Klagen von Überlebenden erkaufen, es soll endgültig ein Schlußstrich unter die deutschen Verbrechen gezogen werden. Dieses Projekt dient in keiner Weise dazu, den Forderungen der Überlebenden in angemessener Form gerecht zu werden.

Folglich geht es nicht mehr nur darum, für die Forderungen der Überlebenden überhaupt eine Öffentlichkeit zu schaffen, sondern darum, die Erpressung der Überlebenden mit ihrem hohen Alter

Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge

Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping

Sehr geehrter Herr Außenminister!
Sehr geehrter Herr Verteidigungsminister!

Der Verteidigungsminister hatte bereits vor der völkerrechtswidrigen Aggression der NATO gegen Jugoslawien, an der die Bundeswehr in verfassungswidriger Weise teilnimmt, bei einem Bundeswehrbesuch in Auschwitz gesagt: Um ein neues Auschwitz zu verhindern, „ist die Bundeswehr in Bosnien", und daß sie darum „wohl auch in das Kosovo gehen" wird. In Erklärungsnot geraten, berief sich auch der Außenminister auf die neue Art der Auschwitzlüge, um den verhängnisvollen Verstoß gegen die gerade auf Grund der Lehren von faschistischem Krieg und Holocaust geschaffene UNO-Charta zu begründen.

Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie verurteilen und das Vorgehen der israelischen Führung gegen die Palästinenser verurteilt haben. Stets haben wir gefordert – und wir tun es auch jetzt –, daß dagegen mit den Mitteln vorgegangen wird, die der UNO zu Gebote stehen. Wer die antifaschistische, den Menschenrechten verpflichtete Rolle der UNO nicht nutzt, sondern die UNO ausschaltet und schwächt, der hat jedes Recht verloren, sich auf antifaschistische Postulate wie „Nie wieder Auschwitz" zu beziehen, zumal er damit zugleich das Recht auf Krieg begründet. Die Folgen eines solchen Handelns werden ein Wiedererwachen der Kräfte sein, die 1945 entscheidend geschlagen zu sein schienen.

Sehr geehrte Herren Minister!

Wir fragen Sie angesichts Ihrer Verlautbarungen und politischen Praxis:

Soll vergessen sein, daß in diesem Jahrhundert zweimal über Serbien von deutschem Boden aus Vernichtung und Verwüstung hinweggingen? Soll vergessen sein das Massaker an einer Million Serben, begangen von deutschen Nazis im Zweiten Weltkrieg und ihren in- und ausländischen willigen Voll- Völkerrecht verstößt, nicht nur gegen die UNO-Charta, sondern auch den NATO-Vertrag, die Schlußakte von Helsinki, gegen das Grundgesetz und den Zwei-Plus-Vier-Vertrag? Deutschland hat sich immer wieder zur Einhaltung der UN-Charta verpflichtet und sie nun mit dem Angriff auf Jugoslawien mit Füßen getreten. Die Bundeswehr verstieß gegen die Befehle aus dem politischen Raum: „Darüber hinaus hat die Bundesregierung das Verbot der Führung eines Angriffskrieges [...] bekräftigt." (Aus dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990. Zitiert nach „Weißbuch 1994" der Bundeswehr)

Soll vergessen sein, daß Jugoslawien mit dem Krieg zur Unterzeichnung eines Vertrages gezwungen werden soll, der nur mit dem Münchner Diktat von 1938 verglichen werden kann, mit dem die CSR zerstört wurde, wie heute Jugoslawien zerstört werden soll? „Ein Vertrag ist nichtig, wenn sein Abschluß durch Androhung oder Anwendung von Gewalt unter Verletzung der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze des

aber diesmal für die Menschenrechte. Wir brauchen uns nicht mehr zu schämen, wir können wieder stolz darauf sein Deutsche zu sein, stolz auf unsere demokratische Armee.

Ungefähr in eine solche Richtung scheint uns die propagandistische Absicht hinter dem geplanten öffentlichen Rekrutengelöbnis am 20.7. an der Gedenkstätte des 20.Juli 1944 zu gehen. Als Fortsetzung der schamlosen Kriegspropaganda und der Verdrehung deutscher Geschichte zum Zwecke der Kriegsführung.

- Die Verschwörung des 20.Juli war nicht antifaschistisch – sie richtete sich ausschließlich gegen Hitler, dessen Politik 1944 absehbar in die totale Niederlage des Deutschen Reiches gegen die Alliierten führen mußte. Sie beabsichtigte eine Reform des deutschen Faschismus und eine Friedensvertrag mit den westlichen Alliierten, um an der Ostfront freie Hand zu haben.
- Die Bundeswehr steht nicht in antifaschistischer Tradition, sie wurde von kriegserfahrenen faschistischen Wehrmachtsoffizieren gegründet.
- Die Bundeswehr wurde nicht zur Friedenssicherung, sondern als Teil der „Kalten Kriegsmaschinerie" gegründet.
- Der Westen ist während des Kalten Krieges vor keinerlei Menschenrechtsverletzung zurückgeschreckt (Vietnam, Chile, Nicaragua, Türkei...) und tut dies auch heute nicht.
- Der Balkankrieg galt nicht dem Schutz der Menschenrechte.
- Öffentliche Gelöbnisse sind an sich militaristisch und ihrem Charakter nach undemokratisch.

Das lassen wir uns nicht gefallen!

Warum Ihr Euch am autonomen Antikriegsplenum beteiligen sollt

Durch die geschilderten Schwierigkeiten sind wir von einem gutbesuchten Plenum auf ein kleines Grüppchen zusammengeschrumpft. Wir halten aber eine zahlreiche Beteiligung von GruppenvertreterInnen und Einzelpersonen aus dem gesamten Spektrum der radikalen Linken nach wie vor für wünschenswert. Fatal wäre, die Sache bis zum nächsten Krieg ad acta zu legen.

Wir treffen uns immer mittwochs um 19.30 Uhr im Blauen Salon im Mehringhof.

Anarchy for the UK

...sangen einst die Sex Pistols, und das Motto wurde nach dem Londoner Riot ... Samstag vom *Daily Telegraph* wieder aufgenommen: »Ihre ... harmonische Gesellschaftsordnung definie- ... ist«, so die Tageszeitung. ... um alle

Griechenland: Militante Linke bekennt sich zu Angriff gegen die NATO

28.4.99 - Bei einem Bombenanschlag auf das Hotel einer internationalen Kette in Athen ist am späten Abend eine Frau ge-

Frieden mit Auschwitz **Krieg im Kosov**

DEUTSCHLAND

Konferenz gegen die Versöhnung mit der deutschen Vergangenhe

WIEDERGUT

Berlin, 2. – 3. Juli 1999, Humboldt-Universität, Unter den Linden

GEMACHT

„Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens."

Aus dem offenen Brief von 14 Überlebenden an Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping

Pc8

Veranstaltet vom Bundesweiten Bündnis gegen IG Farben mit Unterstützung von **konkret**

Against the Empire

Von Mumia Abu-Jamal

Während ein tödlicher Regen von High-tech-Bomben auf Jugoslawien fällt, fällt ein abstumpfener Propaganda-Regen auf die Amerikaner. Von den Medien manipulierte Lügen sollen die Bevölkerung dazu bringen, härtere militärische Maßnahmen gegen einen souveränen Staat zu befürworten - im Namen der Menschenrechte.

Doch die NATO ist nichts als ein Feigenblatt für amerikanische Interessen und die Bombardierung Jugoslawiens ist nichts anderes als eine globale Demonstration der Erbarmungslosigkeit des amerikanischen Empire. Eine Demonstration? Der Abwurf von Atombomben über das bereits besiegte Japan im zweiten Weltkrieg war keine militärische Notwendigkeit, sondern eine politische. Sie sollte den Russen zeigen, daß die USA die stärkste Macht war und immer bleiben würde. Es war eine massive, eine tödliche Demonstration. Und so wie damals Japan dient heute Jugoslawien als Kulisse, vor der die Macht des amerikanischen Empires demonstriert werden soll.

Laßt uns nun die Behauptung untersuchen, die USA wären besorgt um die

sen Konflikten unterstützt: die Unterdrückten oder die mit amerikanischen Waffen versorgten Regierungen?

Bei diesem Krieg geht es nicht um Menschenrechte. Es geht auch nicht um die Rechte ethnischer Minderheiten. Es geht auch nicht um Völkermord. Es geht darum, der Welt klarzumachen, wer der Boß ist im nächsten Jahrtausend. Es geht darum, russischen Einfluß noch weiter zurückzudrängen. Und es geht darum, die Europäische Union unter dem Daumen der Wall Street zu halten.

Die Bombardierung Serbiens ist ein Echo der Bombardierung von drei anderen Ländern in den vergangenen sechs Monaten: die Bombardierung Iraks, die Bombardierung des Sudans und die Bombardierung Afghanistans. Jedesmal ging es den USA darum, zu zeigen, daß man alles machen kann - egal was das Völkerrecht dazu sagt. Es geht darum, in der ganzen Welt Angst und Terror zu schüren, um das amerikanische Kapital in die Lage zu versetzen, zu tun, was bereits George Bush versucht hat: eine Neue Weltordnung zu etablieren.

Wenige Tage vor der Bombardierung Jugoslawiens nahm die NATO drei neue

Graz: Haftstrafen für Sprayer

TATblatt

Am 4. April wurden in Graz vier Personen festgenommen, als sie auf einem Bahnhof ÖBB-Waggons fotografierten, die in der Nacht zuvor besprüht worden waren. Im Auto der vier amtsbekannten Wiener Sprayer fand die Polizei eine Spraydose. Dies reichte dem Grazer Untersuchungsrichter, die U-Haft anzuordnen. Drei der Festgenommenen mußten bis zum Prozeßtermin am 11. Juni in Untersuchungshaft verbleiben. Ein weiterer, noch minderjähriger Angeklagter mußte bald nach der Festnahmen wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Beim Prozeß am 11. Juni legten alle vier Angeklagten ein volles Geständnis ab. Sie gaben an, am 3. April von Wien nach Graz gefahren zu sein und dort in der Nacht 14 ÖBB-Waggons besprayt zu haben. Während der nächtlichen Aktion waren die Sprayer bemüht, Spuren zu vermeiden. Sie waren mit Handschuhen und Masken ausgerüstet. Offenbar aus Eitelkeit fuhren

PARTISAN NET

Seit über einem Jahr betreibt die Partisan.net EntwicklungsGbR einen Server, wo linke&radikale Kräfte die Möglichkeit haben, ihre Webpräsenz kostengünstig selbst zu organisieren.

Vom ersten Tag an verfolgte die Partisan.net EntwicklungsGbR das Ziel, demokratische Formen für diese Selbstorganisation gemeinsam mit den Webspacenutzern zu entwickeln. Zunächst optierte die Mehrheit derer, die sich an diesem Diskussionsprozeß beteiligten, für ein Genossenschaftsmodell. Nachdem sich dieses Modell als über- dimensioniert erwies, wurde ab November 1998 die Gründung eines Vereins und dessen Eintragung ins Vereinsregister betrieben. Beiden Organisationsmodellen lag die Absicht zugrunde, durch Anbieten von kommerziellen Dienstleistungen (Vermietung von Webspace und Internetzugängen) linke&radikale Gegenöffentlichkeit zu finanzieren, d.h. die Subdomains möglichst unentgeltlich zur Verfügung stellen zu können.

Selbstkritisch muß eingeräumt werden: Dieser Weg ist gescheitert. Die große Mehrheit der Projekte, Gruppen und Einzelpersonen, die das Partisan.net nutzen und ihm sein linkes&radikales Profil verleihen, konnten nicht dazu gewonnen werden, sich gemeinsam als Herausgeber und Organisator des Partisan.net in einem Verein oder ähnlichem formalen Gebilde zu organisieren. Bestenfalls drei Projektes interessierten sich überhaupt für den Verein, der dadurch zum Ort der Durchsetzung von Partikularinteressen mutieren konnte.

Als in der Kalaschnikow-Subdomain nationalrevolutionär-völkische Texte des FU-Dozenten Bernd Rabehl publiziert wurden, griffen die Verantwortlichen des Partisan.net Servers ein, verwiesen auf die Rechtslage und auf das Selbstverständnis der Domain, als einer, auf der sozialemanzipatorische Inhalte zur Geltung kommen sollen und nicht etwa das Gegenteil, und verlangten die Entfernung dieser rechten Texte.

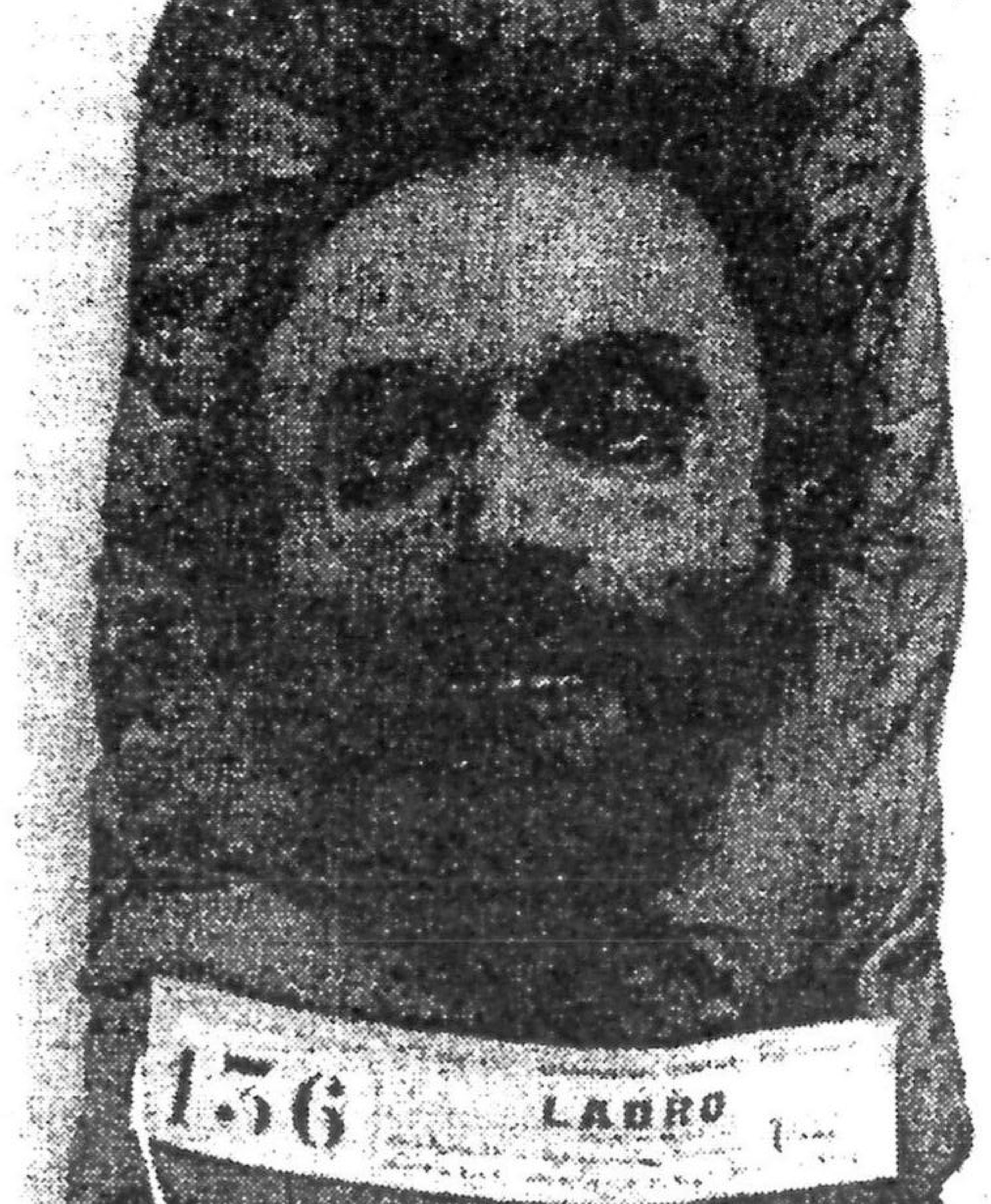
Dies hat nun eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die für die Schaffung von linker&radikaler Gegenöffentlichkeit im Internet von grundsätzlicher Bedeutung sind:

- Worin unterscheiden sich unter heutigen Gesichtspunkten rechte von linken Positionen?
- Dürfen rechte Texte in linken&radikalen Zusammenhängen verbreitet werden?
- Wie kann in einem strömungsübergreifendes Projekt die Einhaltung der manzipatorisch-publizistischen Grundsätze der Domain durchgesetzt werden?
- Kann Providerwillkür durch selbstorganisierte Webpräsenz verhindert werden?
- Sind demokratische Selbstorganisation und Internetstruktur überhaupt kompatibel?
- Wie soll zukünftig das Electronic Publishing auf dem Partisan.net- Server organisiert sein?

Wissenschaftlicher Rassismus

hobo

Das Hamburger Institut für Humanbiologie setzt auf Tradition. Auch über fünfzig Jahre nach der Niederlage des NS-Regimes mit seiner Rassenpolitik werden immer noch "Rassenkunde"-Vorlesungen abgehalten. Seit Jahrzehnten werden dort Schwule vermessen, wird Frauen eine kindliche Psyche zugeschrieben, werden in kolonialrassistischer Manier "Rasseeigenschaften" statistisch festgehalten, Roma und Sinti als Asoziale bezeichnet und die Jahrhunderte alte Diskriminierung von JüdInnen als Heranzüchtung einer jüdischen Elite dargestellt. Was fünfzig Jahre deutsche Normalität war, regte erst durch die recherchierende Arbeit der *AG gegen Rassenkunde* zur Diskussion an. Nebst vielfältigen Protestaktionen an der Uni Hamburg schlugen sich Ergebnisse dieser Diskussionen auch



Zu Beginn des Buches werden insbesondere die personellen Kontinuitäten in Anthropologie und Humangenetik seit dem Nationalsozialismus aufgelistet. Ulrich Kattmann erläutert in äußerst knapper aber dennoch umfassender Form die biologischen Verhältnisse rund um den

stischen Thesen des einflussreichsten amerikanischen Geographen um die Jahrhundertwende, Ellsworth Huntington (der das Wetter im allgemeinen, das elektromagnetische Feld im Sonnensystem und auf der Erde sowie die Zusammensetzung der Atmosphäre als rassenprägende Faktoren unterschied; für sich selbst spricht schon die Zusammenstellung der nach Huntington möglichen durch Umwelt beeinflussten Eigenschaften, von *Alcoholism* über *Dishonesty* bis *Work attitudes* - 65 an der Zahl - im Anhang), ein Blick auf Leben und Werk des "Erfinders" der Daktyloskopie (Fingerabdrücke zwecks Indentifikation), Francis Galton, der auch den Begriff der Eugenik prägte und vor der Degeneration durch Rassenmischung warnte, und Karl Heinz Roths Beitrag zur Bevölkerungsbiologie des "Dritten Reichs".

1890), bis zu verwandten Geistern im Hamburg der Gegenwart. Die Sicht von Kriminalität als Krankheit, von Devianz mit biologischen Ursachen und eindeutig festzuschreibenden äußerlichen Merkmalen wird unter die Lupe genommen, sowie die ewig umstrittene Zwillingsforschung, die auch diese Ergebnisse liefern sollte, ist Gegenstand der Betrachtungen. Die Zusammenschau gipfelt in der Vorstellung dreier "kriminologischer Tätertypen" in Jürgen Simons Beitrag, ehe Christiane Rothmaler die Versuche der Kriminalbiologie beschreibt, den kriminellen Menschen in seiner "Ganzheit" zu sehen, und sich auf Prävention und Bestrafung auszudehnen. Der Kriminologie ging es darum, mittels biometrischer Methoden und der Empirie das "Normale" vom "Anormalen" zu differen-

Aufsätze überlappen sich daher kaum, sondern ergänzen sich auf anschauliche Weise. Der auch aktionistische Geist, der im erwähnten Buch der *AG gegen Rassenkunde* noch vernehmbar war, ist in *Wissenschaftlicher Rassismus* der etwas trockeneren Analyse gewichen. Nichtsdestotrotz bleibt die Lektüre durch die inhaltliche Breite anregend und für die Auseinandersetzung mit Rassismen mit akademischen Ehren (leider nicht in Österreich) äußerst dienlich.

★

Heidrun Kaupen-Haas, Christian Saller (Hg.)
Wissenschaftlicher Rassismus
Analysen einer Kontinuität in den Human- und Naturwissenschaften
Campus Verlag, 1999
451 Seiten (10 Abb.); öS 291.-

Nervus sympathicus
Medulla spinalis
Nervus vagus

Expo 2000 – No!

Stoppt die schöne neue Tchnikwelt!

Veranstaltungen zu Kritik , Widerstand und Gegenbildern

Am 1.6.2000 beginnt in Hannover, aber auch in die vielen kleinen Expo-Projekten im ganzen Land verstreut, zusätzlich mit vielen Veranstaltungen überall, die Expo 2000. Sie ist ein einmaliger Vorgang. Die "Machtigen" dieser Welt zeigen ihren Zukunftsentwurf. Und der ist erschreckend. Nicht nur, daß High-Tech wie neue Atomkraftwerke, viel Gentechnik, Reproduktionstechnologie usw. diese Zukunft pragen, sondern daß di- MacherInnen der Expo vorgeben, daß dieser Entwurf ...

1. "wie ein Naturgesetz" (Zitat Expo-Beauftragter von Siemens) kommen wird,
2. auf der Expo nicht als Vorschlag gezeigt wird, sondern als quasiwissenschaftliches Bild, wie es sein wird,
3. ohne Menschen als bestimmende, gestaltende Kraft abläuft (z.B. wird der zukünftige Regenwald als nachwachsend dankt Neuzüchtungen, aber ohne Menschen darin vorgestellt)
4. insgesamt klarstellt, daß nicht mehr die Menschen, sondern die Konzerne in ihren Forschungsabteilungen über die Zukunft der Gesellschaft bestimmen.

Die Expo ist aber nicht nur etwas abstossend Ekliges, sondern aus verschiedenen Grunden die wahrscheinlich beste Gelegenheit, einen Aufbau gesellschaftlicher Gegenbewegung an diesem Symbol zu versuchen, denn ...
- niemals hat sich die neoliberale Machtergreifung so offen gezeigt wie hier.
- die harte Ausgrenzung der Menschen aus der Welt gekoppelt mit der Tatsache, daß die Menschen (als SteuerzahlerInnen) diesen Showdown ihrer entgültigen Entmachtung durch einen Technikfetisch auch noch bezahlen müssen, kann breitere Unterstützung für einen Widerstand gegen die Expo und gegen die dadurch beworbene Politik und Wirtschaft bringen.
- die Expo verbindet fatale Aussagen zu allen Themenbereichen, d.h. eine politische Gegenbewegung am Symbol Expo könnte zu einem Bündnis über bisherige Themengrenzen hinweg führen.
- daß die Expo eigene Von-oben-Zukunftsbilder entwirft, schafft die Möglichkeit, Visionen und Bilder einer Gesellschaft von unten dagegenzustellen und hier unter der Frage "Wem gehört die Zukunft?" endlich mal am Kern der politischen Debatte zu agieren.
- letztlich kommt als Argument hinzu, daß die Expo dank ihrer vielen Baustellen, überall verteilten Projekte und Veranstaltungen extrem angreifbar ist - inhaltlich wie physisch.

Inzwischen haben sich einige Basisgruppen und Netzwerke zum beginnenden Anti-Expo-Widerstand zusammengeschlossen. Es gibt regional aktive Bündnisse im Raum Hannover und das "Sudtreffen" von Gruppen aus Bayern und Baden-Württemberg. In anderen Regionen sind regionale Bündnisse bisher zwar versucht worden, aber noch nicht gelungen.

Montag, 5.7., ab 19.30 Uhr: MADIA, Lindenstr. 53 (Potsdam)
Dienstag, 6.7., ab 19.30 Uhr: Infoladen Daneben, Liebigstr. 34 (Berlin)

Aus: trend 6/99 (www.trend.partisan.net)

Ein folgenloser Taschenspielertrick
Karl Müller kommentiert die jüngsten Ereignisse im Partisan.net

Als vor wenigen Jahren die PDS-Frau Angela Marquardt verlangte, daß ein Redakteur der Jungen Freiheit des Raumes verwiesen werden sollte, wo Linke miteinander diskutieren wollten, empfanden viele dieses Ansinnen als eher zu milde im Umgang mit Rechtsextremisten.

Heute kann die Zeitschrift Kalaschnikow unbehelligt den rechtsextremen FU- Professor Rabehl zur öffentlichen Diskussion in Anwesenheit weiteren braunen Gesindels ins Haus der Demokratie einladen und dafür noch 10 Mark Eintritt kassieren. Der für ideologische Zurichtungen neuerdings in der Kalaschnikow zuständige Ex-DKPler Charly Kneffel kann unangefochten in der Diktion der "neuen Rechten", die linken&radikalen Kräfte als Produkte der amerikanischen Reeducation bezeichnen, die es endlich abzuräumen gilt. Dieser Herr huldigt nicht nur einem "gesunden Antiamerikanismus", sondern schafft es, zentrale Thesen über das Wesen des Faschismus aufzustellen und dabei einfach,den Holocaust zu vergessen. Drei Redakteure verließen aufgrund dieser Entwicklung die Kalaschnikow.

Auch die Betreiber des Partisan.net-Servers lehnten es ab, menschenverachtende, zu Gewalt gegen Minderheiten aufstachelnde Positionen zu verbreiten. Sie zwangen die Kalaschnikow-Leute mittels ihrer technischen Möglichkeiten, die Promotion für den rechtsextremen Rabehl auf dem Partisan.net-Server einzustellen. Das war quasi Notwehr: Es mußten zum Erhalt der sozialemanzipatorischen Ziele des Partisan.net die dafür geschaffenen formaldemokratischen Regeln übergangen werden. Konsequenterweise trat der erste Vorsitzende Erhard Kleps von seiner Funktion zurück und aus dem Verein aus.

Nun berufen sich diese Kräfte, die mittels ihrer rechten Propaganda gezielt das sozialemanzipatorische und libertäre Selbstverständnis des Partisan.net auszuhöhlen begannen, auf eben dieses Regelwerk, um ihre braunen Texte zukünftig wieder im Internet unter dem Partisan-Label verbreiten zu können. Dazu mißbrauchten sie die Wandzeitung des Partisan.net und erzwangen ihre vorübergehende Schließung. Außerdem riefen sie zu einer sogenannten Mitgliederversammlung auf, wo sie sich eine entsprechende Formallegitimation für ihr bisheriges Tun zu basteln versuchen. Doch dies wird ein folgenloser Taschenspielertrick bleiben.

Der Partisan.net Verein war der Transformationsversuch der Partisan.net GbR für ...anzipatorische Ziele und Zwecke im Internet. Formal ist dieser Versuch als Vereinsprojekt ... Warum? Der Verein hatte





Dienstag, 6.7. ab 19.30 Uhr: Infoladen Daneben, Liebigstr. 34 (Berlin)
Mittwoch, 7.7., ab 19.30 Uhr: Köpi (Vokü), Köpenicker Str. 137 (Berlin)





Wer will schon morgens auf den leckeren Milchkaffee bei genüsslicher Zeitungsleküre im EX verzichten?!

Es gibt schon seit Monaten vier Vormittagsschichten und jetzt auch noch eine Abendschicht, die nicht fest von einer Gruppe übernommen werden. Der Gedanke, die Kneipe erst nachmittags aufzumachen, tauchte bereits auf. Wenn noch eine Gruppe aussteigt und keine neue mitmacht, wird es so kommen. Das wäre ziemlich doof.
Finden wir auch...

Vielleicht wisst Ihr gar nicht, dass wir noch Gruppen oder sonstige Zusammenhänge suchen, die Lust haben, im EX zu arbeiten, und auch einen Bezug zur Kneipe haben.
Die Teilnahme an unseren kollektiven Strukturen ist selbstredend inbegriffen.

Zu haben sind zur Zeit monatlich
ein Montag (ab 18.00h bis Ende),
ein Mittwoch (12.00h bis 17.00h),
zwei Donnerstage (12.00h bis 16.00h),
ein Freitag (12.00h bis 15.00h) jeweils mit zwei Stunden vorher Kneipe vorbereiten...
Ganz eventuell sind auch Umschichtungen möglich.

Das Ganze gilt ab September, da wir in den Sommerferien ohnehin erst um 18.00h aufmachen.
Interessierte Gruppen können sich mittwochs jeweils von 17.00h bis 19.00h in der Kneipe bei der Koordinierungsgruppe melden.

In freudiger Erwartung, bis bald.

sozialemanzipatorische Ziele und ... Propaganda gescheitert. Warum? Der Verein infolge des Mißbrauchs der Domain für rechte Propaganda gescheitert. Warum? Der Verein ... Gestalter und Verwalter der Partisan.net Domain zu bisher sein politisches Ziel, als selbstorganisierter Gestalter und Verwalter der Partisan.net Domain zu fungieren, materiell noch nicht verwirklicht, denn die GbR hatte weder Rechte noch Verträge noch Konten dem Verein übertragen. Die GbR wird auch zukünftig keine Rechte an ihrem Server mit Zusammenschlüssen teilen oder denen überlassen, wo die Kalaschnikow-Gruppe (Kneffel, Pribnow, Röschert) - in welcher Verkleidung auch immer - personell beteiligt ist und/oder Positionen einer Promotion für Rechts die Grundlage bilden. Konsequenterweise hat die GbR daher sämtliche Verträge mit der Kalaschnikow-Gruppe zum 31.7.1999 frist- und formgerecht gekündigt. Desweiteren hat sie als Inhaber des Namensrechts der Kalaschnikow-Gruppe und anderen untersagt, den Namen "Partisan.net" in Verbindung mit dem Verein zu verwenden.

Trotz dieser unerfreulichen Ereignisse hat sich innerhalb eines Jahres das Partisan.net als Teil einer linken&radikalen Gegenöffentlichkeit im Internet etablieren können. Im Mai 1999 wurden 85.000 Dokumente allein von der Stammdomain, sowie der trend- und member-Subdomain abgerufen. Während der NATO-Bombardierungen waren die Partisan.net-Nachrichtenseiten wichtige Informationsquellen des linken&radikalen Widerstandes. Durch Sonderseiten wurden zuletzt die Aktionen gegen den "Kölner Gipfel" unterstützt. Rätekommunistische Projekte fanden im Partisan.net ebenso Raum für Veröffentlichungen wie libertär-anarchistische Positionen. Als Alt68ziger wie Rabehl, Mahler u.a. nach rechtsaußen konvertierten, richteten ihre ehemaligen GenossInnen im Partisan.net eine "SDS-Website" ein. Dort markierten sie ihren Trennungsstrich zu diesen sogenannten "nationalrevolutionären" Kräften. Weitere wichtige Nachrichtenquellen wie der Stressfaktor und das Gegeninformationsbüro kamen dazu. Die Kommunistischen Streitpunkte, AZ Wuppertal und viele AutorInnen aus dem linken&radikalen Spektrum nutzen das Partisan.net zur Verbreitung ihrer Ansichten via Internet. Deshalb hält die GbR nach wie vor an ihren Zielen der selbstorganisierten Webpäsenz fest und garantiert den uneingeschränkten Bestand der Partisan.net Domain für das linke&radikale Spektrum. Und sie ruft zu einem öffentlichen Ratschlag am 6. Juli 1999 auf. Denn sie verbindet damit die Hoffnung, daß sie gemeinsam mit den Kräften, die bisher das linke&radikale Profil des Partisan.net bestimmten, neue, d.h. tragfähigere, Formen der Kooperation entwickeln kann.

http://www.partisan.net & mailto:info@partisan.net

Selbstorganisation & Electronic Publishing im Internet

Aufruf zu einem öffentlichen Ratschlag der PartisanInnen!

Dienstag, den 6. Juli 1999 um 20.00 Uhr
im Gegeninformations-Büro Gneisenaustraße 2a,
10961 Berlin Kreuzberg (in der SFE MehringHof, 2.HH, 3.OG)

- Welche Formen der Kooperation und Konsultation sind angemessen?
- Brauchtdemokratische Selbstorganisation ein formalisiertes Regelwerk?

Wir laden alle PartisanInnen zu einem öffentlichen Ratschlag über diesen Fragenkomplex ein. Wir versprechen uns durch so ein Brainstorming herauszufinden, welches die passenden demokratischen Strukturen für eine linke&radikale Gegenöffentlichkeit im Internet sind, in die sich alle PartisanInnen einbringen können bzw. aufgehoben fühlen.

Die Debatte darüber ist angesichts der jüngsten Ereignisse dringend notwendig geworden. Weder wollen wir ein kommerzieller Internetdiensteanbieter werden, noch in Vereinsmeierei aufgehen. Wir wollen den Server und die Zugänge ausschließlich als Mittel der Vernetzung und Selbstorganisation für eine linke&radikale Gegenöffentlichkeit betreiben, die ihren Bezugspunkt in den sozialemanzipatorischen Bewegungen jenseits des Internets hat.
Das wird uns nur gemeinsam gelingen.

Günter Langer und Karl-Heinz Schubert

Berlin, den 25.6.1999

TRIFON
ANDREJEWITSCH
LUKJANOWITSCH
OBERSERGEANT DER SOWJETISCHEN ARMEE
RETTETE AN DIESER STELLE
AM 29 APRIL 1945
EIN DEUTSCHES KIND VOR DEM BESCHUSS
DURCH DIE SS.
FÜNF TAGE NACH DER HELDENTAT STARB ER
AN DEN SCHWEREN VERLETZUNGEN.
EHRE UND RUHM SEINEM ANDENKEN

SOLL ABGERISSEN WERDEN !
ANTIFASCHISTISCHES DENKMAL
IN BERLIN(S – BHF TREPTOWER PARK)
DEUTSCHLAND FÜHRT KRIEG, DIE
SPUREN DERVERBRECHEN DES
FASCHISMUS SIND DABEI
EIN HINDERNIS. NO PASARAN!*

---

in Buchform nieder. *Deine Knochen - Deine Wirklichkeit* (Unrast Verlag 1998; rezensiert in TATblatt + 103) stellte eine erste umfassende Sammlung von Argumenten gegen die rassistische und sexistische Kontinuität in der Humanbiologie dar. Heidrun Kaupen-Haas, selbst als Initiatorin einer kritischen Ringvorlesung zur Humanbiologie bereits in Erscheinung getreten, hat für diesen Band ein Grußwort verfasst. Inzwischen liegen auch die Beiträge zur Ringvorlesung in Buchform vor.

Wissenschaftlicher Rassismus, wie der eigentlich zu kurz greifende Titel lautet, führt die Intention des ersten Bandes zum Thema also fort, *Analysen einer Kontinuität in den Human- und Naturwissenschaften* (Untertitel) vorzustellen, nun aber - akademisch betitelte AutorInnen, renomierter Verlag - quasi den Regeln der hohen Schule des Zitierens entsprechend.

Lorenzo Tenchini - Totenmaske eines im Gefängnis verstorbenen Diebes - mit allen typischen Merkmalen eines ebensolchen?
(1880er Jahre; aus dem Kriminalmuseum Turin)

Rassebegriff und stellt mit Anmerkungen zum wohl wichtigsten phänotypischen "Rassenmerkmal", der Hautfarbe, "Rasse" als sozialpsychologisch bestimmte Kategorie dar. Dass (wissenschaftlicher) Rassismus aber nicht nur in der NS-Nachfolgegesellschaft gedeiht, zeigt Norbert Finzsch anhand der Entwicklung von theologischen Rassentheorien über den Sozialdarwinismus bis hin zum Bestseller von 1994, *The Bell Curve*, in den USA auf. Auf die Spuren der internationalen eugenischen Bewegung hat sich Stefan Kühl gemacht, dessen kurzer Beitrag über deren Renaissance seit den 60er Jahren aber leider abbricht, bevor er richtig losgeht. Unmittelbar zu diesem bis hierher umrissenen thematischen Block gehören noch der englischsprachige Beitrag über die umweltdetermini-

Dazwischen setzen sich Beiträge mit einem, wie es scheint, etwas gesonderten Thema auseinander. Marianne Schuller leitet dies mit einer Untersuchung der Begriffe "Norm", "Normalität" und "Entartung" ein. Sie beschreibt deren Verschiebung von der Homosexualität zur Kunst anhand Otto Weiningers Buch *Geschlecht und Charakter* (1903), während Gesa Lindmann *Die Grenzen des Sozialen* ausleuchtet, dabei aber leider mit allzu wissenschaftlicher Schreibe leicht die Grenze der Verständlichkeit überschreitet. Dann aber befassen sich vier AutorInnen mit *Kriminalität und Biologie, Kriminalbiologie, "konstitutionellen Sittlichkeitsverbrechern"* und der *Metaphysik des Bösen* in Kriminalmuseen.

Dabei wird die Geschichte der Kriminologie nachgezeichnet, von ihren Ursprüngen beim italienischen Begründer der forensischen Medizin (Gerichtsmedizin), Cesare Lombroso (um

zieren. Die Autorin erwähnt aber auch die im (vor den Nazis) sozialdemokratisch geführten Hamburg verwirklichten Ideen einer reformfreudigen Sozialpädagogik, bevor sie die groß angelegten (über 2.000 Betroffene) Menschenversuche zu Verhaltensänderung durch Kastration (unter den Nazis) beschreibt. Susanne Regener stellt in ihrem Beitrag noch einmal eingehender Cesare Lombroso und sein Kriminalmuseum in Turin vor. Dabei untersucht sie, wie der Blick auf Exponate dieser Art vorbestimmt ist, die ausgestellten kriminalistischen Objekte als Symbole eine Bedeutung erlangen und vermitteln, die eine besondere Denkweise über Verbrechen bereits voraussetzt.

An diesem Punkt trifft sich sodann die Kriminologie mit der oben beschriebenen Palette von Rassentheorien wie sie es bereits bei der Suche nach relevanten biologischen Unterschieden von Menschen und der Einschreibung von Wesensmerkmalen in die äußere Erscheinung von Menschen getan hat.

Die Zusammenstellung der Beiträge bewerkstelligt also die Beleuchtung der beiden untersuchten Felder gemeinsam zugrundeliegenden Geisteshaltung aus verschiedenen Winkeln. Die

Freitag, 2. Juli

19 Uhr

Das Schweigen über Deutschland - die neueste deutsche Friedensbewegung. Podiumsdiskussion mit *Hermann Gremliza* (Konkret-Herausgeber, Hamburg), *Heiner Möller* (Publizist, Hamburg), *Tjark Kunstreich* (Bundesweites Bündnis gegen IG Farben, Berlin), *Jutta Ditfurth* (Ökologische Linke, Frankfurt/Main [angefragt]), *Wolfgang Gehrcke* (MdB, stellv. Vorsitzender der PDS [angefragt]), einE VertreterIn des autonomen Antikriegsplenum (angefragt), *Jürgen Elsässer* (Redaktion Konkret, Moderation)

Samstag, 3. Juli

9.30 Uhr

Eröffnung

durch *Ludwig Baumann* (Wehrmachtsdeserteur, Bremen)

Eingangsstatement

des Bundesweiten Bündnisses gegen IG Farben

10.30 Uhr

Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge

Podium mit UnterzeichnerInnen des Offenen Briefs an Scharping und Fischer zur politischen Entwicklung seit 1989/90 in Verbindung mit ihren politischen Biographien und Erfahrungen mit Deutschland.

13 Uhr bis 14 Uhr

Mittagspause

Vorträge

14 Uhr

Otto Köhler (Publizist, Hamburg)

Von Tetovo nach Tetovo – die Kontinuität deutscher Interessen auf dem Balkan

15 Uhr

Gerhard Scheit (Publizist, Wien)

Ressentiments – Aspekte der psychologischen Kriegführung in Deutschland und Österreich

16 Uhr

Günther Jacob (Publizist, Hamburg)

Wieder Krieg! Stationen der Überwältigung der deutschen Vergangenheit

17 Uhr

Philipp Schink (Bundesweites Bündnis gegen IG Farben, Frankfurt)

Deutschlands Wiedergutmachung – die Entschädigungsdebatte und die Vorbereitung eines Angriffskrieges

18 Uhr – 19 Uhr

Pause

19 Uhr

Von Auschwitz in den Kosovo. Die Folgen der militärischen Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit

Podiumsdiskussion mit *Peter Gingold* (VVN-BdA, Frankfurt/Main), *Kurt Hacker* (Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, Wien [angefragt]), *Hans Coppi* (BdA Berlin), *Judith Demba* (ehem. B´90/Grüne, Berlin) *Karl Pfeifer* (Journalist, Wien)

danach Konzert mit Esther und Edna Bejarano & Coincidence

Weitere Informationen sind abrufbar unter 030 / 27 56 07 56, oder unter www.antifa.de

Bundesweites Bündnis gegen IG Farben, Engeldamm 68, 10179 Berlin, konferenz@gmx.net
V.i.S.d.P.: C. Schmidt, Engeldamm 68, 10 179 Berlin

IT19
IT9
IT8
IT7 nex
IT6 rim
IT5
IT4 orig
IT3
IT2
IT1

Menschenrechte oder um die Rechte ethnischer Minderheiten, wie uns dies die großen Medienkonzerne stündlich erzählen. Was ist mit Amerikas größter nationaler Minderheit - den Afro-Amerikanern? Der Generalsekretär der weltweit respektierten Menschenrechtsorganisation amnesty international, Pierre San, gab nur wenige Tage vor der Bombardierung Jugoslawiens eine Erklärung ab, in der steht: „Menschenrechtsverletzungen in den Vereinigten Staaten von Amerika sind eine weit verbreitete und ständige Erscheinung. Ethnische Minderheiten bzw. Menschen anderer Hautfarbe scheinen überproportional von Menschenrechtsverletzungen betroffen zu sein." Pierre San kritisierte vor allem die zahlreichen gewalttätigen Übergriffe der Polizei sowie die Praxis der Todesurteile und Hinrichtungen in den USA.

Laßt uns außerdem schauen, wie die USA auf internationaler Ebene auf die Befreiungsbewegungen der Unterdrückten reagieren. Was war, als die Kämpfer der Puerto-Ricanischen Unabhängigkeitsbewegung ihre Stimme erhoben haben, hat die USA diese Bewegung unterstützt? Nein, die USA hat versucht diese Kämpfer zu vernichten, sie einzusperren und zum Schweigen zu bringen. Denkt an die Palästinenser, an die Kurden, an die Menschen in Ost-Timor, an die Rebellen in Kolumbien - wen hat die USA in all die-

goslawiens nahm die NATO ... Mitglieder auf: Polen, Ungarn und die Tschechische Republik. Rußland wurde dadurch vollständig isoliert. Nur Jugoslawien war nicht bereit, der NATO beizutreten - die Bombardierung ist die Strafe dafür.

Unser brillanter, hochgeschätzter Führer der schwarzen Nation, Malcolm X, lehrte uns, die Geschichte zu betrachten. Wenn wir in die Geschichte schauen, wird der Sinn der Bombardierung Jugoslawiens klar. Ein Empire wird nicht durch Vernunft aufrechterhalten, sondern durch brutalen Terror. Das war schon damals so im Römischen Reich. Und es ist dasselbe heute mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Der Revolutionär und Begründer der Black Panther Party, Huey P. Newton erklärte uns: „Die USA war nicht länger eine Nation ... Wir nannten sie ein Empire ... Ein Empire ist ein Nationalstaat, welcher sich ine ine Macht verwandelt hat, die alle Länder und Menschen der Welt kontrolliert." Huey hat damals Recht gehabt und unsere Reaktion war, gegen dieses Empire zu kämpfen. Genau dies müssen wir heute tun.

Nieder mit dem Imperialismus!

Stoppt die Bombardierungen!
NATO raus aus Jugoslawien!

stet. Sie ... nächsten Tag ... sie am nächsten Tag ... zum Tatort um ihr Werk zu fotografieren. ÖBB-Mitarbeiter verständigten die Polizei. Die Beamtinnen konnten die 4 Sprayer in einem nahegelegenen McDonalds-Restaurant beim Frühstück festnehmen.

Zwei der Angeklagten wurden zu 12 Monaten Haft, drei davon unbedingt, verurteilt. Einer bekam zehn Monate, ebenfalls drei davon unbedingt, der vierte jugendliche Angeklagte bekam eine bedingte Strafe von acht Monaten. Alle vier nahmen das Urteil an. Die ÖBB kündigte eine Schadensersatzklage über 560.000,- Schilling an.

tun, ist eine aus Argumentationsnot für ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens.

Diese Ihre Vorgehensweise soll offenbar einen schwerwiegenden und nicht entschuldbaren Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen rechtfertigen. Die gegen Deutschland und Japan siegreichen Völker haben sich diese Charta 1945 gegeben, um „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat," – das bekanntlich von deutschem Boden ausging. Sie beschlossen, die „Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die Internationale Sicherheit zu wahren."

Weltfrieden und internationale Sicherheit werden jetzt gefährdet, indem gegen ein Gründungsmitglied der UNO Krieg geführt wird. Krieg von deutschem Boden aus, Krieg gegen ein Land, das größte Opfer im Kampf gegen Hitler brachte und Unschätzbares zur Befreiung Europas vom Faschismus leistete. Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam.

Das Vorgehen der jugoslawischen Führung gegen albanische Minderheiten verstößt gegen die Menschenrechte. Wir verurteilen es. Wir verurteilen es, wie wir das Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Kurden streckern? Nach den Juden hatten die Slawen in Serbien – gemessen an ihrer Gesamtbevölkerung - die meisten Opfer zu beklagen.

Soll vergessen sein, daß die Zerschlagung Serbiens von 1914 bis 1918 jenem Heeresgruppenbefehlshaber und Totenkopfhusaren August von Mackensen übertragen war, der 1915 und dann immer wieder das „rücksichtslose Vorgehen" gegen die serbische Bevölkerung befahl und der dann unter Hitler bis zuletzt als Propagandist half – bis zum Aufruf zum Opfertod der Jugendlichen als Volkssturm – und nach dem die Bundeswehr immer noch eine Kaserne in Hildesheim benennt?

Soll vergessen sein, daß nicht nur kaiserliches Heer, Reichswehr und Wehrmacht erprobte Serbenschlächter in ihren Reihen hatten, sondern auch die Bundeswehr? Wir verweisen auf Wehrmachtsoberst Karl-Wilhelm Thilo, der in der Bundeswehr Generalmajor und Kommandeur der 1. Gebirgsdivision – jener Division, die nun wieder auf dem Balkan die deutsche Fahne vertritt – sowie stellvertretender Heeresinspekteur wurde. Er unterzeichnete Massenmordbefehle gegen Jugoslawien und er schrieb mit an Büchern, die in der Bundeswehr kursierten, um den Völkermord zu preisen, so H. Lanz (Hg.) „Gebirgsjäger – Die 1. Gebirgsjäger-Division 1935/1945".

Soll vergessen sein, daß der Krieg der Bundeswehr gegen Serbien eindeutig gegen das Völkerrechts herbeigeführt wurde." So heißt es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge, Artikel 52.

Wir fordern entschieden: Schluß mit dem Krieg gegen Jugoslawien und als Sofortmaßnahme: Einstellung der Bombardements. Verhandeln statt schießen. Wir fordern die Wiederherstellung der UNO-Charta und Stärkung der UNO. Als Beitrag zur Verwirklichung und Verteidigung der antifaschistischen Errungenschaften der Völker.

Hochachtungsvoll

Esther Bejarano (Hamburg)
Peter Gingold (Frankfurt am Main)
Kurt Goldstein (Berlin)
Walter Bloch (Düsseldorf)
Henny Dreifuß (Düsseldorf)
Günter Hänsel (Neuss)
Werner Stertzenbach (Düsseldorf)
Rudi Lippmann (Berlin)
Eberhard Deutsch (Berlin)
Vera Mitteldorf (Berlin)
Werner Krich (Berlin)
Irmgard Konrad (Berlin)
Maricha und Adi König (Berlin)

vom vergangenen ... Vertreter mögen Anarchie als eine ... als unnötig abgeschafft ist, ... ren, in der die Regierung in der Londoner City gestern macht klar, warum ... »Aber die Unordnung in der Londoner City gestern macht klar, warum ... anderen sie als ein Synonym für Gewalt und Zusammenbruch von law and order betrachten.«

Ein bißchen unordentlich sah es im Bankenviertel Londons denn auch wirklich aus: Steine, eingeworfene Fensterscheiben, abgefackelte Autos, Graffiti an den Wänden, einige aus einem Bankgebäude herausgeworfene Computer und das zerstörte Mobiliar einer McDonalds-Filiale bestimmten das Straßenbild und verursachten die öffentliche Ereiferung. Zuvor hatten am Freitag nach

ANARCHY IN THE U.K.
SEX PISTOLS

Polizeiangaben über 10 000 Leute an einer Demonstration gegen den Kölner Gipfel der G8-Staaten teilgenommen und offenbar auch einen Marsch zum Buckingham Palace, der Londoner Residenz von Queen Elizabeth II. geplant. Die Polizei sperrte die Straßen zum königlichen Gebäude jedoch ab und setzte ihre Anti-Riot-Einheiten ein. Gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters* äußerten Demonstranten wie Augenzeugen, die Polizei hätte mit Attacken auf den Demonstrationszug und den »Karneval gegen den Kapitalismus« die Auseinandersetzungen begonnen.

Die Krawalle in der Londoner Innenstadt waren die schwersten seit den poll-tax-riots von 1990. Damals hatte die Regierung unter Margret Thatcher eine Zusatzsteuer einführen wollen. Nach den starken Protesten wurde der Gesetzentwurf zurückgezogen.

INTERNATIONALER VOLXSPORT

tötet und ein Mann verletzt worden.

Der Angriff sei „die Antwort auf die NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien", heißt es in einem Kommuniqué der illegalen Organisation „Revolutionäre Zellen". Am Mittwoch sollte in dem Hotel ein internationaler Kongreß von Wirtschaftsexperten beginnen, zu dem auch EU-Kommissar Leon Brittan erwartet wurde.

Die Organisation hatte sich schon Ende vorigen Jahres zu Angriffen vor einer Bank und dem Büro einer Kreditkartengesellschaft bekannt. Damals nannten sie ihre Tat einen Akt des Widerstandes „gegen das verbrecherische NATO-Bündnis".

Griechenland: Unbekannte führten Nato-Konvoi in die Irre

30.4.99 - Unbekannte haben aus Protest gegen die NATO-Angriffe auf Jugoslawien einen NATO-Konvoi in die Irre geführt, der eigentlich vom Hafen Thessaloniki nach Mazedonien fahren sollte. Statt am Grenzort landete der britische Konvoi aus 100 Fahrzeugen mit einer unbekannten Anzahl von Soldaten schließlich auf dem Gemüsemarkt der Hafenstadt. Wie der griechische Rundfunk berichtete, hatten die Unbekannten speziell NATO-Wegweiser einfach umgedreht.

Wir sind ständig geschrumpft.

Wir sehen dies als einen Ausdruck der Situation an, daß die radikale Linke immer noch Schwierigkeiten hat, eindeutig Stellung gegen imperialistische Aggression zu beziehen, wenn sie nicht in der Lage ist, diese als Reaktion auf Befreiungskämpfe zu deuten. Es besteht die Tendenz, den Konflikt entweder zu ignorieren, weil wir da nichts machen können, der Konflikt kein emanzipatorisches Potential in sich trägt, oder aber dem Konflikt ein solches Potential anzudichten. Nur gegen etwas zu sein scheint nicht auszureichen.
Zum anderen war die radikale Linke lange gewohnt, die Bevölkerung zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegen die Interessen der Herrschenden zu mobilisieren - oft verbunden mit dem Aufruf zur Solidarität mit denjenigen, die auch gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind kämpfen. Das Fehlen jedweder realer Fundamentalopposition gegen den Kapitalismus scheint jedoch das Interesse am „konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland" zu einem gemeinschaftlichen Interesse zu machen. Könnte sich die staatliche Investition in den Balkankrieg nicht auch bald für bundesdeutsche ArbeitnehmerInnen konjunkturfördernd bezahlt machen?

Obwohl der globalisierte Weltmarkt und das weltweite Agieren der Imperialistenverbände dies notwendiger denn je machen, waren wir nicht in der Lage, den Zusammenhang von sozialer Frage und praktischem Internationalismus herzustellen und zu vermitteln. Wir haben noch nicht einmal die Reste der autonomen Szene selbst zu mobilisieren vermocht.
Wir halten es daher für die Zukunft für dringend erforderlich, daß die Diskussion jetzt nicht wieder abreißt, sondern fortgesetzt wird. Wir halten es aber für genauso wichtig, unserer Empörung über das Morden, die Lügen und die Heuchelei praktischen und sichtbaren Ausdruck zu verleihen. **Keinen Frieden mit der Kriegspolitik!**

Warum wir uns an der Mobilisierung gegen das Bundeswehrgelöbnis am 20.7. beteiligen

Im Verein der kriegführenden Staaten nimmt die BRD eine Sonderrolle ein. Sie beansprucht eine Führungsrolle innerhalb des EURO-Blocks, mußte aber langwierig ihre eigene Geschichte umdeuten, um eine „normale Großmacht" zu sein. Mit dem Balkankrieg scheint dies gelungen: Hitler ist in Gestalt von Milosevic wiedergekehrt und diesmal hat die deutsche Wehrmacht auf der richtigen Seite gekämpft und den Krieg auch mal gewonnen. Die Enkel Stauffenberg's bombardieren als dritte deutsche Armee in diesem Jahrhundert Belgrad.

gen der Überlebenden der Nazi-zwangsarbeit nach finanzieller Entschädigung. Die Bundesregierung weigert sich, mit den Organisationen der Überlebenden in Deutschland auch nur zu reden; die deutschen Unternehmen wollen sich mit Almosen Expansionschancen auf den internationalen Märkten sichern; die deutsche Justiz handelt in diesem Sinne, indem zum Beispiel das Bonner Landgericht für die Sammelklage von 22 000 polnischen ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern einen Prozeßkostenvorschuß von DM 18 Millionen forderte.
Im April wandten sich 14 Überlebende der Shoah in einem offenen Brief an Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping: „Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massen-deutsche Nachkriegsgeschichte wie im Brennglas. Ihre Existenz verdankt die IG Farben-Abwicklungsgesellschaft bis heute dem weitgehend erfolgreichen Versuch, die enge Zusammenarbeit der deutschen Unternehmen mit dem nationalsozialistischen deutschen Staat zu tabuisieren – seit ihrer Gründung 1954 führt sie einen Kleinkrieg gegen die Überlebenden um jede Mark. Nach 1989 gab es auch für die Nachfolger eines Konzerns, ohne den der zweite Weltkrieg nicht möglich gewesen wäre, offensichtlich keine Beschränkungen mehr. Seit der deutschen Vereinigung versuchte IG Farben mehrmals, aber bislang erfolglos, enteignete Besitzungen zurückzubekommen.
In den Monaten nach dem Regierungswechsel hat sich die Ausgangsposition und ihrer oft elenden sozialen Lage zu verhindern; es geht nicht mehr nur darum, die Wahrheit der Nazi-Verbrechen öffentlich zu machen, sondern darum, die Instrumentalisierung dieser Verbrechen für deutsche Großmachtambitionen zu kritisieren.

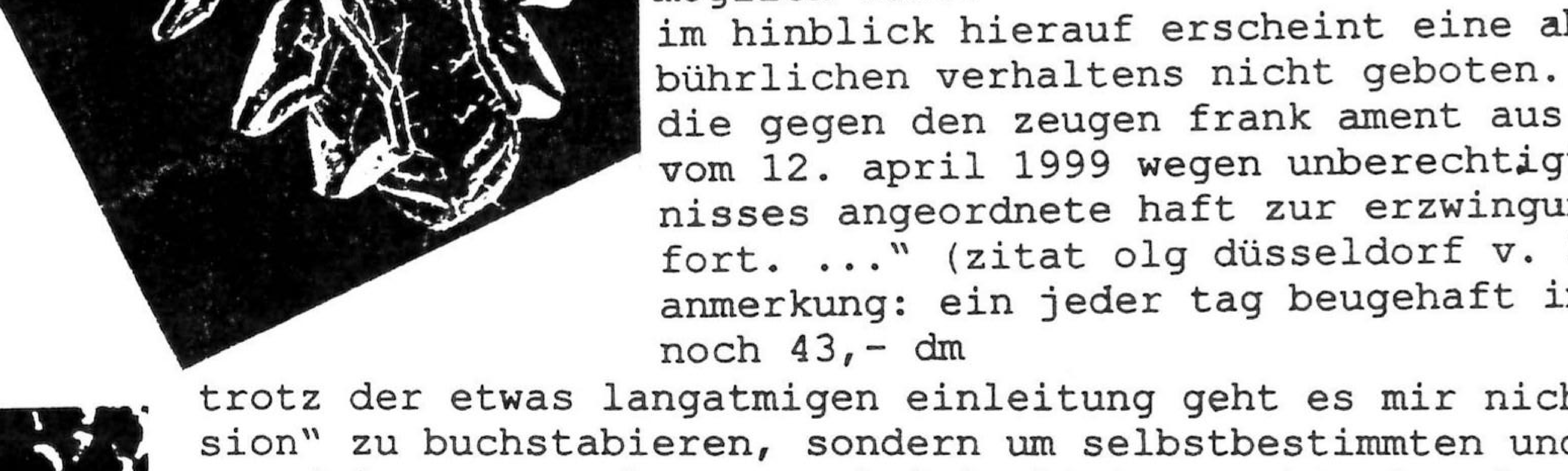
Über die Folgen der militärischen Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit wollen wir am 2. und 3. Juli 1999 auf der Konferenz *Deutschland wiedergutgemacht* in Berlin diskutieren. Unabhängig davon, ob es bis dahin einen Waffenstillstand gibt oder der Einsatz der Bodentruppen näher gerückt ist: Die Ausgangsbedingungen einer dem Antifaschismus verpflichteten Kritik der deutschen „Normalisierung" haben sich grundlegend verändert.

Berlin und Frankfurt am Main im Mai 1999

Bundesweites Bündnis gegen IG Farben

Dem Bündnis gegen IG Farben gehören unter anderem an: Auschwitz-Komitee in der BRD; Dachverband der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre; Kampagne Nie wieder!; Antifaschistische Aktion Berlin (organisiert in der AA/BO); Coordination gegen Bayer-Gefahren; Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten; Antifaschistische Gruppe Frankfurt/Main; Initiative Gegen das Vergessen, Frankfurt/Main; Antifa/Antira-Gruppe felS Berlin; Antirassistische Gruppe, Würzburg; Junge Linke; Marburger Bündnis gegen IG Farben; Berliner Bündnis gegen IG Farben, Frankfurter Bündnis gegen IG Farben u.v.a.

Wir bitten um Spenden (für Fahrtkosten und Unterbringung der Referenten) auf unser Konto bei der Berliner Volksbank: Kontoinhaberin A. Mattern, Kontonummer 260 166 30, Bankleitzahl 100 900 00, Stichwort: Konferenz.



möglich wäre.
im hinblick hierauf erscheint eine abermalige ahndung des ungebührlichen verhaltens nicht geboten. ...
die gegen den zeugen frank ament aus berlin mit senatsbeschluß vom 12. april 1999 wegen unberechtigter verweigerung des zeugnisses angeordnete haft zur erzwingung des zeugnisses dauert fort. ..." (zitat olg düsseldorf v. 27.4.99)
anmerkung: ein jeder tag beugehaft im knast kostet zusätzlich noch 43,- dm

trotz der etwas langatmigen einleitung geht es mir nicht darum das wort „repression" zu buchstabieren, sondern um selbstbestimmten und verantwortlichen widerstand im zusammenhang von kriminalisierten kämpfen durch staatsschutzverfahren / -prozesse.
„es ist eine der wichtigsten einsichten der soziologie der macht, die von machiavelli bis luhmann wiederholt wird, daß macht nur derjenige hat, der sich darauf beschränken kann, gewalt anzudrohen, weil er bereits mit der drohung seine ziele erreicht. muß die gewalt eingesetzt werden hat die drohung ihr ziel verfehlt, und die ohnmacht liegt offen zu tage" (taz 4.5.99)
die zeugInnenvorladung in einem staatsschutzverfahren sagt nichts über das eigene subjektive und/oder objektive verhältnis zu der anklage, die/den angeklagtInnen und aktionen aus. der staatsschutz stellt die/den zeugInnen mit der vorladung in ein konstruiertes verhältnis; aber genau dieser erste oberflächliche eindruck soll sich als effekt kolportieren und perpetuieren: „aiz sympathisant in der beugehaft" (taz + fr 14.4.99) so funktioniert und ist kriminalisierung aufgebaut. diese nachrichtenmeldungen sagen über dein tatsächliches verhältnis in wahrheit gar nichts aus.
selbst rhetorische fragestellungen wie in der überschrift erkennbar verfestigen / zementieren in den köpfen der leserInnen dieses konstruierte verhältnis. was ist das ergebnis?
gegen diverse menschen laufen 129a ermittlungsverfahren wegen mitgliedschaft / unterstützung der „antiimperialistischen zelle" kurz aiz.
viele sind bereits als zeugInnen vorgeladen worden. andere sind ins exil gegangen, um dort das verfahrensende abzuwarten bzw. sich dem zugriff der staatsschutzbullen zu entziehen, andere wiederum sind durch die ungeheure dimension des 129a und den ständigen observationen paralysiert / kaltgestellt.
von einer sich gebildeten unterstützenden antirepressionsgruppe wegen antiapartheid-aktionen gegen shell durch falk und steinau durch das prisma des staatsschutzes zur unterstützung und/oder diskussions-/ arbeitszusammenhang der sogenannten aiz emporgehoben. zufall?

Völkern konfrontiert sieht. Die propagandistische Rechtfertigung der mörderischen Aggression als Verhinderung der „humanitären Katastrophe" war das Hauptmoment der weltweiten PR-Kampagne. Sie scheint traditionelle Feindbilder und Links- Rechtsschemata auf den Kopf zu stellen. General Klaus Naumann bezeichnet z.B. die „kollektive Verteidigung (der NATO) als institutionalisierte Überwindung des Nationalismus." Im Zusammenhang mit dem Krieg wurden viele Begrifflichkeiten, die bislang eindeutig mit dem deutschen Faschismus in Verbindung gebracht wurden (KZ, Massengräber, Deportationen, Hitler...) benutzt, um die Situation in Jugoslawien zu beschreiben. In der Bundesrepublik mußten die noch vorhandenen „Altlasten" deutscher Geschichte abgewickelt werden um die deutsche Öffentlichkeit uneingeschränkt kriegsfähig zu machen. Diese Aufgabe haben zu guter Letzt die Grünen mit Bravour gemeistert. Aus der Nachkriegsdoktrin „von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen" ist die Verpflichtung der Deutschen geworden -wegen Auschwitz- weltweit den gerechten Krieg für die Menschenrechte zu führen. Der jetzige Waffenstillstand wird nicht das Ende dieser Entwicklung sein, sondern Ausgangspunkt für die nächsten Schritte.
Dagegen müssen wir unseren Widerstand weiterentwickeln, deshalb dürfen die Diskussionen jetzt nicht wieder abbrechen, deshalb müssen wir aus unseren Fehlern lernen, deshalb hören wir jetzt nicht auf.

Als die Bombardierungen anfingen und uns als unvermeidbare internationale Antwort auf die drohende ethnische Säuberung des Kosovo durch die Serben verkauft wurden, war die radikale Linke weitgehend verunsichert. Alle waren irgendwie gegen den Krieg, aber es blieb zunächst bei einem gegeneinander Abwägen der Verbrechen. Die Kritik war zunächst, daß der Natoangriff die Vertreibung der KosovoalbanerInnen nicht verhinderte, sondern durch den Abzug der OSZE-BeobachterInnen erst im großen Umfang ermöglicht wurde. Die diplomatischen Möglichkeiten zur Lösung der Krise seien nicht ausgeschöpft worden. Die Argumentation mit der „humanitären Katastrophe" erschien von Anfang an heuchlerisch, die Parallelen z.B. zum Völkermord an den KurdenInnen durch den NATO-Staat Türkei waren zu offensichtlich. Die NATO mußte also andere Ziele verfolgen als sie vorgab, jedoch bei dem Versuch diese Absichten und die Hintergründe des Konfliktes zu analysieren und zu bewerten, taten wir uns schwer.
Weitgehend unbestritten war, daß der Zerfall der Bundesrepublik Jugoslawien ökonomische Ursachen hatte, die maßgeblich durch die Auflagenpolitik des IWF bestimmt war. Ebenso, daß der Westen und insbesondere die

TÜBINGEN (mat). Nach dem Brandanschlag auf das Tübinger Finanzamt vom Dienstag gibt es nun erste Hinweise auf mögliche Hintergründe der Tat. Am Mittwoch morgen ging in der Redaktion unserer Zeitung ein Bekennerschreiben ein, in dem eine Verbindung zum Krieg im Kosovo hergestellt wird. Die unbekannten Autoren sprechen im Bezug auf die Tübinger Behörde von der „Kriegskasse".

Mit wenigen schablonengezeichneten Worten kamen die Bekenner in ihrem Brief aus: „Brandanschlag auf das Finanzamt Tübingen am 69. Kriegstag. Kein Geld für die Kriegskasse! Bekämpft die menschenverachtende rot grüne Kriegspolitik!" Unterzeichnet war das Schreiben nicht.

„Es ist schwer zu sagen, ob der Brief authentisch ist", kommentierte Polizeisprecher Klaus Götze die erste Spur im Fall des Brandanschlages. Das Schreiben, das die Ermittler der Tübinger Kripo am Mittwoch beim TAGBLATT abholten, wird nun zur Untersuchung ins Stuttgarter Landeskriminalamt gebracht. In Tübingen wird nach Angaben des Polizeisprechers „nach allen Seiten" weiter ermittelt. Zumal bei der Kripo (Telefonnummer: 0 70 71/9 72 86 60) noch keine anderen Hinweise auf die Werfer des Molotow-Cocktails eingegangen sind.

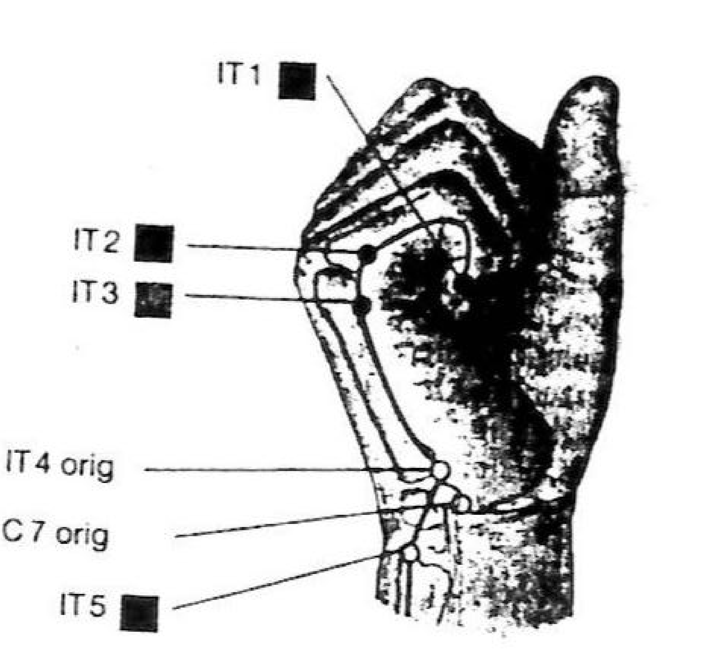
Im Tübinger Finanzamt herrscht unterdessen so etwas wie Erleichterung, daß sich der Anschlag nicht zwangsläufig gegen die „alltägliche Arbeit" der Behörde gerichtet haben muß. Sowohl Johannes Spiegel, der Geschäftsstellenleiter des Amtes, als auch Behördenchef Walter Lebherz vermelden einen – inzwischen wieder – gewöhnlichen Geschäftsbetrieb. „Die Steuererstattungen werden sich nicht verzögern", sagte Lebherz am Mittwoch. Im Sitzungssaal der Behörde wurde eine Notkasse eingerichtet.

„Wir platzen jetzt zwar erst recht aus allen Nähten, aber vorübergehend wird es schon gehen", beschreibt Lebherz die momentanen Arbeitsbedingungen im ohnehin engen Behördendomizil. Für den Amtsleiter ist die durch den Anschlag bedingte Situation nur ein Ansporn mehr, sich um zusätzliche Räume zu kümmern. Trotz der Pläne eines privaten Investors, die Thiepval-Kaserne zu sanieren, hat Lebherz immer noch Hoffnung, im Nebengebäude unterzukommen. „Es wäre wunderbar, wenn das Finanzamt unter einem Dach wäre", sagt er und verweist auf viele noch nicht abgeschlossene Gespräche in dieser Sache. Zur Zeit ist das Finanzamt an drei verschiedenen Standorten untergebracht: In der Tübinger Steinlachallee, in der Konrad-Adenauer-Straße und in der Rottenburger Neckarhalde sind zusammen etwa 240 Mitarbeiter beschäftigt.

[Po]lizeisprecher Klaus Götze gestern den Fund seiner Kollegen.

Johannes Spiegel, den Leiter des Tübinger Finanzamtes, stellt der Anschlag, der einen Schaden von etwa 200 000 Mark anrichtete, in erster Linie vor räumliche Probleme. Die Täter haben ausgerechnet die Finanzkasse der Behörde zerstört, die den gesamten Zahlungsverkehr regelt. Alle Buchungen – also vor allem auch die Steuererstattungen – gehen über die Schreibtische dieser Abteilung. Spiegel: „Der Anschlag wirft uns nun zurück."

Das Motiv der Täter ist bei der Polizei noch unbekannt. Die Beamten sind nun auf der Suche nach möglichen Zeugen, die sich unter der Telefonnummer (0 70 71) 9 72-86 60 melden können. Johannes Spiegel ist unterdessen damit beschäftigt, eine „Notkasse" einzurichten. Mögliche Hintergründe für den Anschlag sind auch ihm nicht bekannt – nur soviel: „In der öffentlichen Meinung ist es um unsere Arbeit ja nicht so gut bestellt."



politisch gewollt / gebraucht und bei freimut duwe wegen seiner rolle als spd- und brd vertreter im osze-prozeß kalte füsse bekommen?
konnte soweit forciert mit dem medialen showdown bei der festnahme der beiden angeklagten die sache an das olg düsseldorf abgegeben werden, um sie staatsschutzgerecht prozessual zu verwerten?
warum „bekennt" sich steinau im prozeß zum düsseldorfer anschlag und schweigt?
warum dementiert der vs-nrw durch düren mit soviel pathos eine möglich vs mitgliedschaft von falk?
„aiz" ist nicht etwas, was mit bewaffneter und militanter politik identifiziert werden darf. nicht nur die sprachliche vermittlung autonomer / antiimperialistischer politik läuft anders; hat kein interesse den parlamentarismus des imperialistischen staates (die „schwatzbude" wie karl liebknecht schon sagte) zu hofieren, sondern aus der perspektive um befreiung die tatsächlichen machtstrukturen des systems, des staatsapparats zu treffen und seine politik durch widerstand zu bekämpfen.
die militanten linken, autonomen und antiimperialistischen gruppen, initiativen und zusammenhänge, die aktionen und demonstrationen, die die kriminalisiert werden, stehen immer am ausgangspunkt null. es gibt keine übergreifenden kollektiven und verbindlichen strukturen. es gibt kein fond für unterstützungsgelder an den/die verhaftetInnen, den/die kriminalisiertInnen, den/die exiliertInnen und für verknastete. für die rechtsanwältInnen. für die prozesse. für die öffentlichkeitsarbeit. alles dinge, die immer wieder völlig neu organisiert werden müssen. und wir haben keine politische kultur entwickelt, die den einzelnen betroffenen einen solidaritätsbegriff vermittelt hat(te) von dem aus er/sie selbstbestimmt und verantwortlich sich den angriffen von staat, bullen, klassenjustiz und staatsschutz widersetzt.
die „ungeklärten" fragen zum thema arbeitsplatz, studium, lehre, kinder, wohnung etc. p. p. entpolitisieren vielfach die entscheidung zum entschlossenen widerstand respektive die fortsetzung / weiterentwicklung der militanten, autonomen antiimperialistischen kämpfe auch auf dem terrain der klassenjustiz.
steht nicht immer gleich alles zur disposition?
„anna und arthur halten das maul - keine aussagen gegenüber bullen und staatsanwälten! war die parole auch nach den razzien, den verhaftungen, den verfahren am 13.6.95. die ziele waren deutlich: politische zusammenhänge sollten verunsichert, eingeschüchtert und gespalten werden - ihre strukturen durchleuchtet und erfaßt werden. außerdem brauch(t)en die schergen konkrete informationen, um ihre konstrukte zu verfestigen und ihre selbstgebastelten puzzles zu vervollständigen.

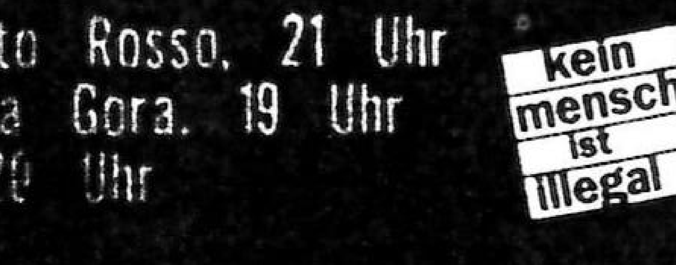
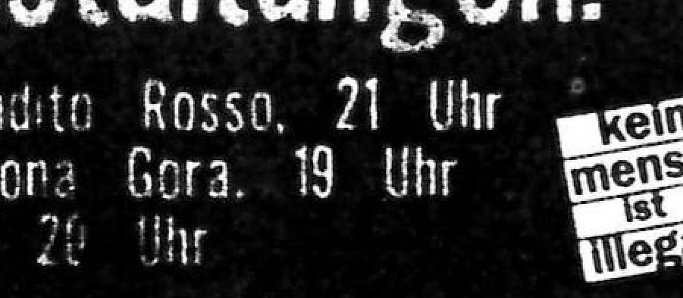
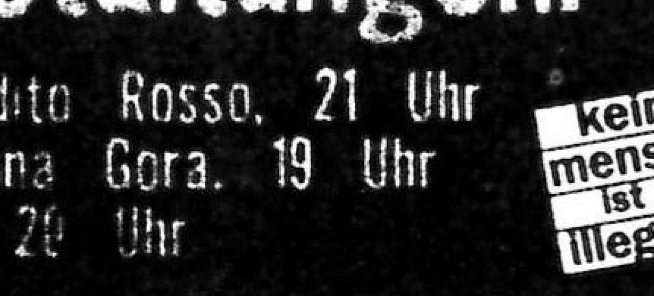
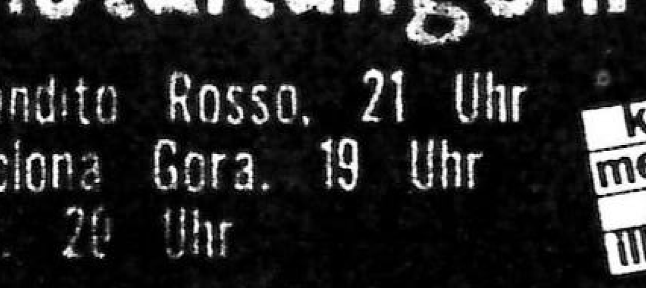
Anti-Grenze-Camp 7.-15.August 1999

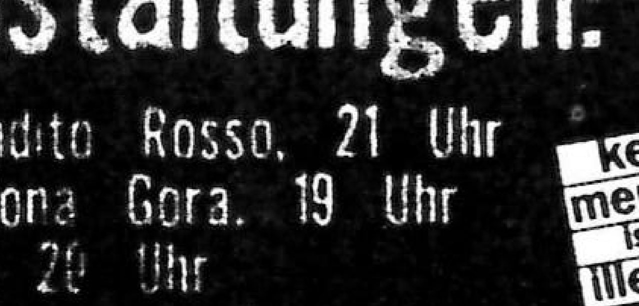
Keine Grenze ist für immer

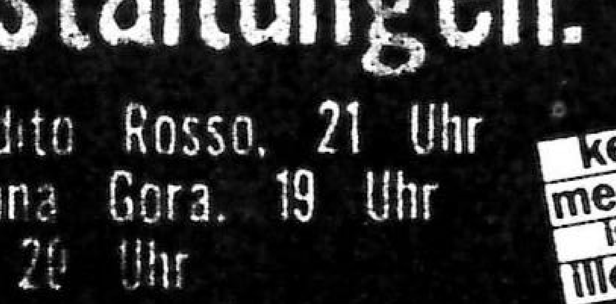
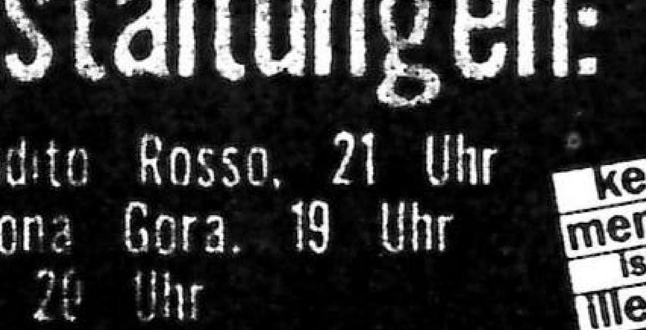
Mobilisierungs veranstaltungen:

28.6.99: Bandito Rosso, 21 Uhr
02.7.99: Zielona Gora, 19 Uhr

kein mensch ist illegal

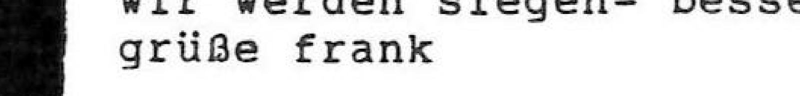
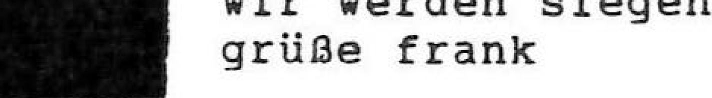



lich bedanken.
sollte euch meine 2. erklärung v. 10.5.99 bereits erreicht haben bzw. ihr die absicht haben auch diese zu veröffentlichen, dann bitte um folgende beifügende ergänzung.
ich verstehe die erklärung als aufruf an die linke, die prozeßbeobachterInnen aus aachen, die exilerInnen & mit 129a ermittlungen bedrohten im zusammenhang phantom "aiz" solidarisch zu unterstützen.
ebenso die bereits als zeugInnen vorgeladenen, trotz ihrer elenden rolle darin, aussageverweigerung konsequent aufzukündigen und dann doch sich mit 55/68b rauszuwinden. die erklärung soll als aufforderung verstanden werden, sich selbst kritisch und historisch (siehe 1. erklärung märz99) mit aussageverweigerung auseinanderzusetzen. wieweit reichen praktische und politische begriffe und verantwortung, wenn nicht alle umfassenden lebensbereiche wie arbeitsplatz, wohnung, kinder, beziehung... eingebunden sind, bei den genossInnen, die stellvertretend als zeugInnen von bullen und staatsanwälten vorgeladen werden? liegt hier die archilles ferse der linken beim thema aussageverweigerung ? die verantwortung liegt nicht bei den zeugInnen allein.
zum thema opportunismus, elenden etiketten -schwindel und tragweite von verantwortung möchte ich einige zeilen von der baw gegen die beschwerde von meiner rain beim bgh zitieren:
"...es ist ja gerade sinn und zweck der beugehaft nach §70abs.2 stpo den entgegenstehenden willen des zeugen zu brechen. gerade die erfahrungen in diesem verfahren haben gezeigt, daß auch zeugen, die zunächst in einschlägigen szenepublikationen ihre konsequente aussageverweigerung angekündigt hatten, unter dem druck entsprechende hinweise des vorsitzenden dann aber doch bereit waren ihrem zeugenpflichten zu genügen...
...die frage der verhältnismäßigkeit stellt sich frühestens nach 3 monate beugehaft, allenfalls nach dem abschluß des plädoyers." zitat ende
gibt der bgh der baw das "recht", dann sitze ich mindestens 3 1/2 monate oder gar komplette 6 monate.
die finanzielle seite von 43,- dm pro tag ist da noch gar nicht eingerech net.
totzalledem gilt meine solidarität z.b. dem kurd. frauen und männern , di vor/in der zionistischen (anm. d. red. das heißt israelischen, oder ?) botschaft in berlin freundInnen durch tötliche schüsse verloren haben, in den knästen sitzen und durch die anstehenden prozesse des politischen inhaltes ihres kampfes beraubt werden sollen, um sie dann anschließend in die folter des militärs in der türkei abzuschieben.
ebenso solten wir nicht aus den augen verlieren, daß noch immer mehrere politische gefangene aus der raf in den knästen sitzten. es kann nicht angehen, daß die genossInnen erst nach 15, 20, ...oder gar 26(!) jahren wie bei christian klar angekündigt, die freiheit erlangen.

wünsche euch jedenfalls weiterhin viel spaß mit eurer zeitung
freiheit und glück
wir werden siegen- besser ist es
grüße frank

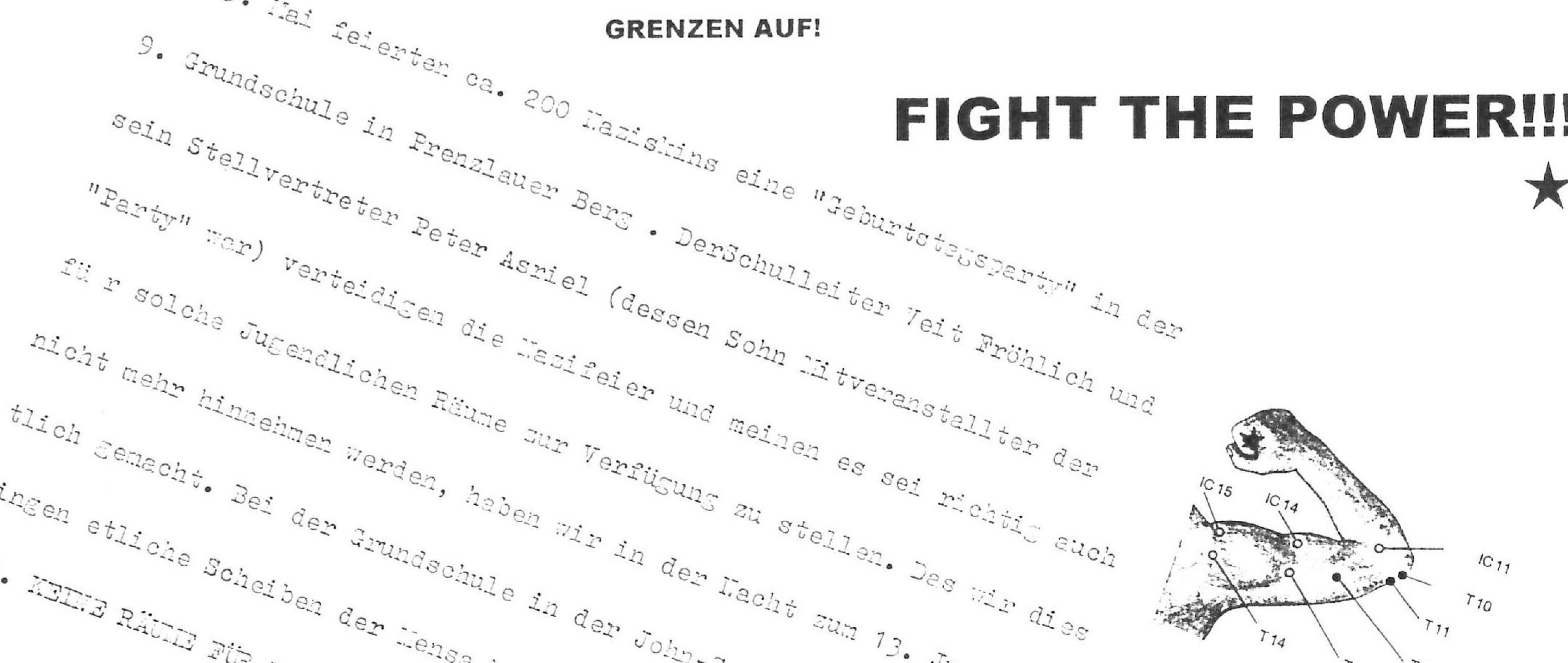
krieg dem imp. krieg!

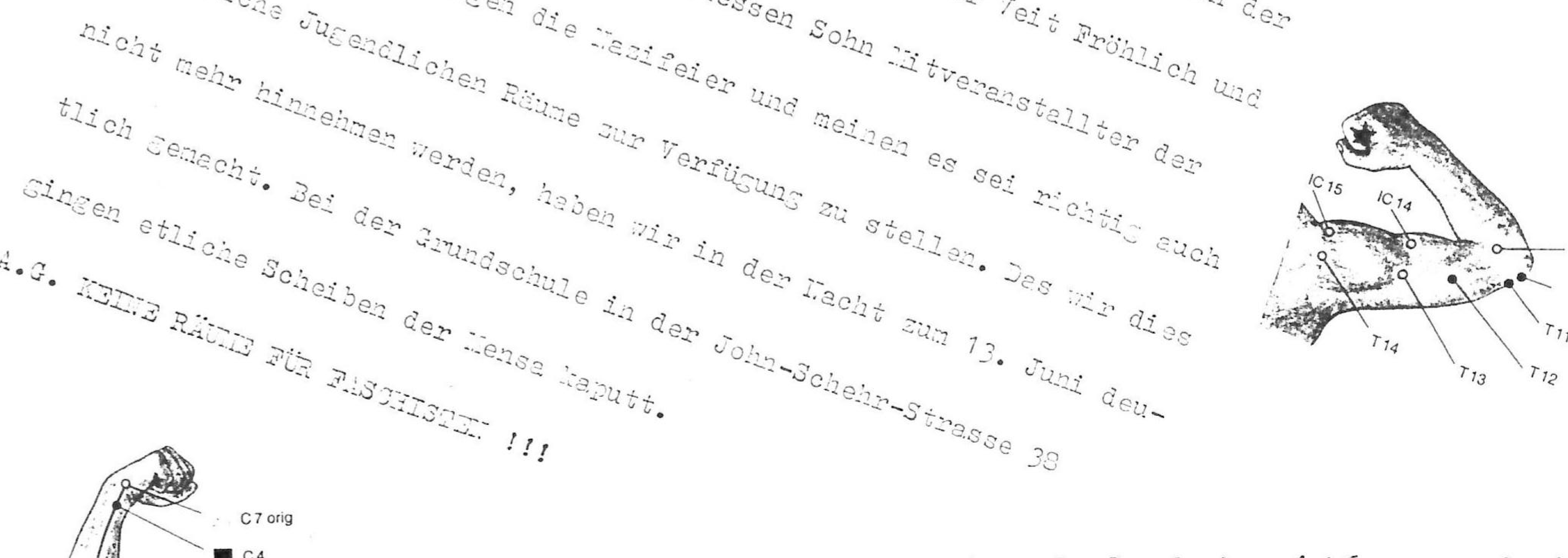
KAMPF DEM NORMALZUSTAND!

GRENZEN AUF!

FIGHT THE POWER!!! ★



Am 29. Mai feierten ca. 200 Nazis eine "Geburtstagsparty" in der 9. Grundschule in Prenzlauer Berg. Der Schulleiter Veit Fröhlich und sein Stellvertreter Peter Asriel (dessen Sohn Mitveranstallter der "Party" war) verteidigen die Nazifeier und meinen es sei richtig auch für solche Jugendlichen Räume zur Verfügung zu stellen. Das wir dies nicht mehr hinnehmen werden, haben wir in der Nacht zum 13. Juni deutlich gemacht. Bei der Grundschule in der John-Schehr-Strasse 38 gingen etliche Scheiben der Mensa kaputt.
A.G. KEINE RÄUME FÜR FASCHISTEN !!!



wir haben am 17.6.99 das auto skoda b-kw 146o von kritschell werner herrmann hesse strasse 79 pankow abgefackelt
der gute mann ist chef der evangelischen militärseelsorger der neuen bundesl nder
keinen trost für schei33soldatinnen wir hoffen auf eine erhöhung der suizidrate alle die irgendwie mit krieg zu tun haben sind angreifbar

AKTIONSCAMP

für eine gentechnikfreie Landwirtschaft

Das Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche veranstaltet vom **13.- 23. August** ein Aktionscamp. Neben vielfältigen Aktionen und kulturellen Events wollen wir die Zeit für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Gentechnik nutzen. Wir werden aber nicht nur über Gentechnik diskutieren, sondern uns auch mit anderen Widerstandsbewegungen beschäftigen, denn schließlich sind wir nur gemeinsam stark. Natürlich geht es auch um Spaß, Entspannung und konkret gelebte Utopie. Das Camp wird sich auf einer von uns gepachteten Wiese bei Schönfeld nordöstlich von Berlin befinden. In der Nähe liegen die Versuchsfelder der Firma AgrEvo, eine Tochter der Konzerne Hoechst und Schering, mit genmanipulierten Mais- und Zuckerrübenpflanzen. Auch wird AgrEvo zu der Zeit versuchen manipulierten Winterraps auszusäen.

Eine Anmeldung ist nicht notwendig, wäre aber schön, da wir so besser planen können. Nähere Infos über:

Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche
c/o DOSTO, Breitscheidstr.43a, 16321 Bernau, Tel+Fax: 03338/5590,
e-mail: genaktionsbündnis@bernau.net

Spenden fürs Camp: Umweltgruppe Ökogeist, Konto-Nr.3140002334,
Sparkasse Barnim, BLZ 17052000, Stichwort: Aktionscamp



Interview der Betreiber und Betreiberinnen des Ko

stücken.

Schwerpunkte? Die Regale sehen doch ziemlich leer aus? Ich meine...

Nummer 1: Wir wollen Schwerpunkte bilden zu Politik und Kultur; zu Geschlechterverhältnissen und zu Arbeit, Auskommen und Eigentum, das heißt zu den Klassenverhältnissen...

Geschlechterverhältnisse haben also nichts mit Arbeit, Einkommen und Eigentum zu tun? Die Männer beschäftigen sich mit den harten ökonomischen Fakten und nur am Frauentag geht's um's Geschlechterverhältnis?

erstauntes Schweigen.

Nummer 4: Du willst uns da was unterschieben: Es gibt im Politik+Rausch keinen Frauentag. Wir wollen hier themenorientiert und nicht identitätsorientiert arbeiten. Die Frage und die Art, wie Du die Themen hierarchisierst, ist also hinfällig. Es ist allerdings richtig, daß die, die sich um den Klassenkampfschwerpunkt kümmern, allesamt Männer sind, während diejenigen, die sich besonders des Geschlechterverhältnis annehmen, überwiegend Frauen sind. Ja, und?

Nummer 5: Den Anspruch, Geschlechterverhältnisse auch als geschlechtliche Arbeitsteilung zu thematisieren, hätt' ich schon.

Nummer 1: Dann kann man Ökonomie nicht mehr geschlechtsblind und das Geschlechterverhältnis nicht mehr nicht nur für den Kater danach, soll heißen den Ärger mit den Bullen, sondern auch für den Rausch dabei: Wer hat womit welche Erfahrungen gemacht? Außerdem wollen wir auch eigenen Fragen nachgehen: Wollten wir in einer Gesellschaft leben, deren einzige Berauschungsmöglichkeiten Arbeit, Lottogewinn und Alkohol sind?

Wie soll Eure drogenspezifische Arbeit denn in der Praxis aussehen?

Nummer 3: Zuerst einmal wollen wir ausreichend Material zusammenstellen, um sich darüber ... informieren zu können. Längerfristig geht es uns darum, Leute zueinander zu bringen, die sonst nichts miteinander zu tun haben. Wir wollen eine Rechtshilfeberatung für Leute anbieten, die von BTM-Verfahren betroffen sind. Ansonsten wollen wir gegen den verlogenen Moralismus der linksradikalen Szene gerade in Bezug auf Drogen vorgehen und auf eine wie-auch-immer-Sensibilisierung zum Thema Drogenkonsum hinarbeiten.

Kurze Pause

Nummer 2: Zu den leeren Regalen: Das ist unsere Ostspezifik.

Häh?

Nummer 2: Das war ein Witz. Tatsächlich haben wir gerade erst angefangen, und unser Startkapital war eben recht bescheiden. Zum Beispiel wollen wir einen Kopierer anschaffen, der wird mehr kosten, als alle Bücher, die Talkshows als Infos. Und die Infos, die sie uns verkaufen sind doch auch Scheiße: Als wär' was berichtenswertes daran, daß der Papst den Ostersegen in 62 Sprachen aufsagt, oder als ginge es bei der Bombardierung Restjugoslawiens um Menschenrechte im Kosovo...

Nummer 2: Klar, aber die "anderen" Informationen, die Toten, die kritischen Kommentare, das gibt es doch auch, und trotzdem steht die Mehrheit der Leute hinter unseren Jungs. Das liegt doch nicht daran, daß ihnen die Wirkungen von Bomben verschwiegen worden wäre. Außerdem kann man sich ja auch viel breiter informieren, als nur bei der Kirch. Im Internet beispielsweise gibt es durchaus...

(ungeduldig), jaja, hm, aber, ich hab' trotzdem noch nicht verstanden, was Euch nun von einem beliebigen Politbuchladen unterscheidet.

Nummer 3: Wir wollen nicht nur Materialien anbieten, sondern selber darüber hinaus aktiv werden und anderen die Möglichkeit geben, aktiv zu werden. Wir wollen zum Beispiel. Veranstaltungen machen, und uns umgekehrt in anderer Leute Veranstaltungen einmischen...

Nummer 7: Außerdem streben wir an, Politik+Rausch zu einem Ort zu machen, wo sich Leute auch aufhalten und 'einfach so' ins Gespräch kommen, mit der Ladenbelegschaft oder

ags 15 – 20 Uhr, samstags 11 – 15 Uhr.]

großen Überraschungen gibt und auch keine geben soll. Da geht es hauptsächlich darum, sich sein Weltbild bestätigen zu lassen, statt sich gegenseitig produktiv zu verunsichern.
Nummer 1: Positionsbildung als Mittel zum Zweck einer irgendwann mal schlagfähigen Linken, kann nur bedeuten, daß sich sehr unterschiedliche Szenen in der Absicht aufeinander beziehen, was zu lernen: Über sich, über die anderen und aus beidem über politische Praxis und deren gesellschaftliche Bedingungen. Und genau dieses Lernenwollen fällt mir nicht auf Anhieb ein, wenn ich an einen autonomen Infoladen denke. Da denk' ich eher an moralisierende Abgrenzung und Scheuklappen. Wer sich vor dem Hinsetzen erst versichert, nicht schmutzig zu werden, wird politisch nicht für voll genommen.... Klar gibt es derlei Abgrenzungsgehabe in anderen Szenen auch: Dann umgekehrt gegen Schmuddellook. Und das ist nicht weniger kritisierenswert.
Nummer 5: Im Fall der autonomen Szene hat es aber auch den Touch der Selbstmarginalisierung, der nervt.
Das ist jetzt aber ganz fies: den Marginalisierten ihre Marginalisierung vorzuwerfen.
Nummer 5: Bah! Nein. Die autonome Szene nimmt doch schon für sich in Anspruch selbst und oppositionell zu handeln. Dann muß man auch kriti-

Abklatsch bürgerlicher Milieutheorie. Also mit einer ganz platten Vereigenschaftung von Menschen, die die Frage nach den Situationen, in denen diese Menschen stecken, schon gar nicht mehr stellen kann. Und sowas kommt in der Interim überwiegend prima an.
Immerhin biedert sich "Wo ist Behle" nicht derart bei den Massen an.
Nummer 9: Wer biedert sich denn hier an? Selbst wenn man kritisieren will, daß die Klasse für die Situation verantwortlich ist, weil sie die Revolution nicht macht, dann muß man doch immer noch analysieren, warum das so ist, um nach Wegen aus dem Dilemma zu suchen.
Nummer 8: Ganz praktisch: Wenn ich wirkungsmächtige Politik machen will, statt mich nur in meinen vier besetzten Wänden wohlzufühlen, muß ich die Konfrontation mit anderen Lebensweisen ertragen. Und zwar nicht nur persönlich, sondern auch politisch.
Nummer 2: Noch mal zur Frage des Bezugspunktes: Einige im Kollektiv sind durch jahrelange Praxis in der autonomen Szene politisch geprägt, und kennen sich dort eben besser aus, als anderswo. Das wird weiter wirken. Ich verspreche mir selbst durch die Beteiligung an Politik+Rausch, daß ich auch was anderes kennenlerne.
Widersprecht Ihr Euch da nicht? Einer-

andere nicht ausgrenzen. Auf die Materialien bezogen, die wir hier anbieten, heißt das, daß nichts deswegen rauskommt, weil es im Kollektiv oder im Publikum des Projekts kontrovers ist. Sondern umgekehrt. Wir vertreten da eine klare Anti-Zensur-Position.
Nummer 5: Nein, tun wir nicht. Du versuchst hier einen Konsens darzustellen, den es so im Kollektiv nicht gibt. Ich bin beispielsweise überhaupt nicht der Meinung, daß wir hier alles zu einem Thema haben müssen und finde es politisch richtig, Sachen bewußt nicht zu verkaufen, wenn sie politisch kontraproduktiv sind. Gegen eine solche 'Selbstbestimmung' des Kollektivs einen Zensurvorwurf zu erheben, erschiene mir politisch fatal. Ich sehe schon, es gibt noch Diskussionsbedarf im Kollektiv. Die Sendezeit ist fast um, deshalb nur noch eine kurze Frage mit der Bitte um ebenso kurze Antwort: Warum gibt es hier keinen Computer/Internetanschluß?
Nummer 2: Geldmangel. Soll aber noch...
Das war der Beweis: Es geht auch knapp. Ich bedanke mich für das Gespräch.

15 – 20 Uhr, samstags 11 – 15 Uhr.

men. Das ist das Risiko, das wir eingehen.
F: Du bist in einem Abschiebeknast. Was hast du zu befürchten, wenn du abgeschoben wirst?
A: Meine größte Sorge ist es, in Peru im Knast zu landen, zu 20 oder 30 Jahren oder lebenslänglich verurteilt zu werden, und die Ohnmacht, daß die eigene Arbeit wieder einen starken Rückschlag erleidet. Unser größter Wunsch ist es, alle GenossInnen in Freiheit zu sehen, und daß das peruanische Volk beim Aufbau einer Alternative zu Neoliberalismus und Diktatur weiterkommt.
F: Wie ist die derzeitige Situation in Peru?
A: Die Diktatur ist sehr stark. Es gibt eine systematische Repression, und die Linke ist sehr schwach. Die jüngsten Proteste sind in Gefahr, aufgelöst oder angesichts der Schwäche der Linken von der Rechten benutzt zu werden.
F: Wer organisiert die Proteste?
A: Die Studenten, studentische Kollektive für die Demokratie, der Gewerkschaftsdachverband, Bauern und tausende von Arbeitslosen, die sich seit kurzem wieder neu organisieren, nachdem in all diesen Jahren ihre Organisationen unterdrückt und aufgelöst wurden. Die Universitäten werden gerade unter Beteiligung des Militärs reorganisiert, das seine Kasernen auf dem Universitätsgelände hat. Viele Streikführer von dem Generalstreik am 28. April sind festgenommen und wegen Terrorismus angeklagt worden. Es gibt immer noch viel Angst und ständige Bedrohungen.
F: Wie ist die Situation der politischen Gefangenen?
A: Die Situation ist ähnlich wie vor zwei Jahren, als die Botschaft besetzt wurde (Besetzung der japanischen Botschaft durch die MRTA – Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru). Zwar dürfen sie zweimal statt einmal im Monat Besuch haben. Sie haben täglich eine statt einer halben Stunde Hofgang, aber alles andere ist gleich geblieben. Es gibt immer noch den Knast in der Marinebasis Carrao acht Meter unter der Erde. Die Gefangenen sind isoliert und viele bekommen keinen Besuch, weil ihre

Beweise vorzubringen, ein unparteiisches Verfahren, usw. Das gibt es in Peru alles nicht. Die Angeklagten werden in zwei oder drei Stunden von Richtern mit verdeckten Gesichtern, die Militärs ohne jegliche Rechtskenntnis sind, verurteilt. Das Recht auf Widerspruch existiert nicht, oder besser gesagt: es existiert in der Verfassung, aber nicht in der Praxis. Es gibt weiterhin Militärgerichte. Die Rechte der Verteidigung sind ständig bedroht. Die Folter ist institutionalisiert und die Regierung respektiert nicht die internationalen Abkommen wie z.B. das Amerikanische Menschenrechtsabkommen oder den Pakt über bürgerlichen und politischen Rechte. Das heißt, daß die peruanischen Knäste dazu da sind, die Gefangenen langsam umzubringen. Das einzige, was an dieser Situation etwas ändern könnte, wäre eine internationale Verurteilung.
F: Wie wirkt sich die Politik der EU und der G7 in Peru aus?
A: Direkte und indirekte Investitionen, Beteiligung an Privatisierungen, Beratung bei der Antiterrorismus-Gesetzgebung. Im Fall Italiens ist das sehr konkret. Die dortigen Antiterrorismusgesetze, die in den 70er und 80er Jahren gegen die Roten Brigaden angewendet wurden, sind in Peru kopiert worden. Das Modell der Hochsicherheitsknäste ist ebenfalls übernommen worden, und es wird theoretische und in einigen Fällen militärische Beratung zur Verfügung gestellt. Obwohl beim Europaparlament, bei nationalen Parlamenten und internationalen Organisationen Anklagen wegen Verletzungen der Menschenrechte vorliegen, wird nichts getan, um diese Situation zu verändern. Die wirtschaftlichen und politischen Interessen zählen für sie mehr als Demokratie und Menschenrechte, die sie angeblich verteidigen. Europäische Firmen haben einige der Hochsicherheitsknäste gebaut. Die Firma Gabante hat z.B. den Knast Canto Grande in Lima gebaut.
F: Was erhoffst du dir von den GenossInnen, die dich unterstützen, und was möchtest du ihnen sagen?
A: Ich danke für die Solidarität und die Un-

Freiheit für Alex Alayo Chavez!
Alex Alayo Chavez aus Peru, ein Teilnehmer des Hungerstreiks der "Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen", wurde am 8. Juni auf dem Weg zu einem Treffen in Hamburg von zwei Zivilbullen festgenommen. Als Grund der Festnahme gaben sie an, daß er nicht typisch deutsch ausgesehen habe. Alex ist jetzt im Abschiebeknast Büren und es besteht das Risiko, daß er nach Peru abgeschoben wird und damit in die Hände der Alberto Fujimori Diktatur fällt.
Die Diktatur Fujimoris führt die Liste der Länder in Lateinamerika an – neben Mexiko und Kolumbien – in denen die meisten Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Folter, außergerichtliche Exekutionen, Verschwindenlassen, unfaire Gerichtsverfahren, unverhältnismäßige Strafen und unmenschliche Knastbedingungen sind nur einige der Konsequenzen, die viele Menschen in Peru und anderen Ländern Lateinamerikas betreffen. Besonders gefährdet sind die Menschen, die sich dem Kampf für Freiheit und Würde widmen.
Wissend um all diese Gefahren hat Alex Alayo sein Leben im Kampf gegen die Ungerechtigkeit in Peru und die diktatorische Herrschaft von Alberto Fujimori riskiert. Unter diesen Umständen erlebte Alex wie seine Genossenen verschwanden, ins Exil flohen oder nach und nach in Staatsgefängnissen hingemordet wurden. Einige dieser Staatsgefängnisse sind unter Beteiligung multinationaler Konzerne erbaut worden. Internationale Institutionen, wie z.B. die UNO und die interamerikanischen Gerichte haben diese Gefängnisse und ihre Bedingungen als Verletzung des internationalen Rechts beurteilt.
Der Arbeitsschwerpunkt von Alex in den vergangenen Jahren war der Kampf für die Freiheit der über 7.000 politischen Gefangenen in Peru. Dieser Kampf für Gerechtigkeit hat Alex gezwungen in den letzten sieben Jahren unter der Fujimori Diktatur im Untergrund zu leben. Seine Organisation, "Patria Libre", wurde verboten, und ihre Führerschaft dazu verurteilt, 20 bis 30 Jahre oder sogar lebenslänglich im Knast zu verbringen. Andere flohen ins Exil oder leben im Untergrund.
Mit der Festnahme von Alex in Deutschland ist er von Abschiebung bedroht, und so in Gefahr ein weiteres Todesopfer der brutalen Diktatur in Peru zu werden. Obwohl er keinen gültigen Aufenthaltsstatus besaß und in Peru verfolgt wurde, beteiligte er sich am Hungerstreik. Durch die Teilnahme machte er seine Solidarität mit den Unterdrückten in Lateinamerika deutlich und verteidigte gleichzeitig die Menschenrechte der Ilegalen und Flüchtlinge in Europa. Am 14. Juni sagte Alex in einem Gefängnisinterview in Büren, daß seine Verhaftung ein schmerzhaftes Paradox darstellt, da er sein Leben dem Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit gewidmet hat. In diesem Kampf muß er jetzt für sein eigenes Überleben fürchten.
Stoppt die Abschiebung von Alex! Solidarität mit Alex und dem Kampf gegen die Mißstände in Peru!
Setzt Euch für seine Freilassung ein. Helft uns, Alex freizubekommen, so daß er seinen Kampf für Freiheit in Peru fortsetzen kann. Bildet Unterstützungskomittees und initiiert Fax- und Unterschriftenkampagnen. Eine weitere Möglichkeit sind Solidaritätsfeste, um über seine Situation zu informieren und seine Verteidigung finanzierbar zu machen. Macht Druck auf die örtlichen Politiker und fordert ihren Einsatz für die bedingungslose Freilassung von Alex Alayo Chavez. Es wäre sehr hilfreich, wenn alle diese Aktionen mit dem Menschenrechtsverein in Bremen koordiniert werden. Unsere Intervention ist wichtig, damit wir das Leben von Alex retten können.
Arriban los que luchan!
Libertad para Alex y todos los presos politicos!

Faxe an:
Bundesamt Bielefeld: 0521/9 31 63 99
Ausländerbehörde Unna: 02303/27 21 99
Int. Menschenrechtsverein: 0421/5 57 70 94

Bankverbindung: Kto. 10 739 282
BLZ: 290 501 01, Sparkasse Bremen
Stichwort: Alex Alayo Chavez

ge aus Nigeria, Kamerun, Togo, Sri Lanka, Tamil Eelam, Kurdistan, Peru und Unterstützer aus den USA, das Grünenbüro besetzt, um dort anläßlich der Proteste gegen den EU- und Weltwirtschaftsgipfel in einen unbefristeten Hungerstreik für Menschenrechte und Gerechtigkeit und gegen den rassistischen Terror zu treten. Wir haben das friedliche Mittel des Hungerstreiks gewählt, um auf unsere verzweifelte Situation sowohl in unseren Herkunftsländern als auch hier in Deutschland aufmerksam zu machen.
Unmittelbar nach der Besetzung kamen spontan mehrere Vertreter und Vertreterinnen der autonomen Szene, um ihre Solidarität zu bekunden. Sie nahmen die Besetzung des Grünenbüros zum Anlaß, um ihre berechtigte Wut über die ehemalige linksalternative Protestpartei in Form von Wandsprühereien und Parolenrufen Luft zu machen. Als die Situation zu eskalieren drohte, arrangierten wir ein Treffen mit ihnen, um die Ausrichtung der Besetzung auf den friedlichen Hungerstreik zu erläutern, und um klar zu machen, daß dies nicht der Ort sei, um den Konflikt zwischen der deutschen Linken und dem ehemaligen Oppositionssammelbecken Grüne/Bündnis 90 auszutragen. Die Unterstützerinnen und Unterstützer haben diese Vorgehensweise respektiert und in der Vergangenheit gerne hinter ihrer Machtlosigkeit versteckte, wenn es darum ging uns aktiv bei unseren Kämpfen zu unterstützen, dafür die alleinige Verantwortung zu tragen gehabt.
Jegliches Gerede über Humanität und Menschenrechte entpuppt sich als bloßes Machtkalkül. Hinzu kommt ihre schmutzige Lügenkampagne gegenüber uns Hungerstreikenden: Obwohl wir uns seit über zehn Tagen im Hungerstreik befinden, sollen wir laut Pressemitteilung der Grünen, den Parteikühlschrank leergegessen, Diebstahl begangen und mit Drogen gehandelt haben. Diese unerhörten und absurden Vorwürfe bedienen sich nicht nur rassistischer Stigmata, wie man sie sonst nur aus rechten und faschistischen Kreisen kennt, sondern stimmen zudem in die, vor allem von der CDU-/CSU-Fraktion geschürte, rassistische Debatte um «straffällig gewordene Ausländer» ein. Durch ihre diffamierenden Äußerungen tragen die Grünen maßgeblich dazu bei, das rassistische Klima und die Pogromstimmung in diesem Land gegenüber uns Flüchtlingen, Migranten und Migrantinnen weiteranzuheizen.
Offentsichtlich versuchen die Grünen udie Peinlichkeit ihres skandalösen Verhaltens durch die derartige Schuldzuweisungen zu übertönen.
Wir verlangen von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des grünen Kreisverbandsbüros eine unverzügliche Zurücknahme ihrer haltlosen Anschuldigungen und fordern sie auf, sich öffentlich bei uns zu entschuldigen.

mmiknüppeln drängte die Polizei rund 100 Tagungsteilnehmer, die sich im Innenhof zwischen Kunsthalle und Hochschule aufhielten, in das VHS-Gebäude ab, um Doris, Hillary & Co. den Anblick der Alternativ-Gipfler zu ersparen. Zeit, sich freiwillig zurückzuziehen, blieb den verdutzten Tagungsteilnehmern nicht.
Ärger gab es beim »Alternative Economic Summit« nicht nur mit der Polizei. Für Wirbel sorgte auch der Auftritt des Grünen Ralf Fücks, Geschäftsführer der grünnahen Heinrich-Böll-Stiftung. Die Kölner Grünen hatten zwei Tage vor der Veranstaltung ihr Kreisverbandsbüro räumen lassen, das Flüchtlinge aus Anlaß des EU-Gipfels besetzt hatten.
Elf Tage lang hatten die Flüchtlinge in der grünen Kreisgeschäftsstelle gehungert. Einen ihrer Mitstreiter hatten sie schon verloren: Letzte Woche war Alex Alayo Chavez auf der Autobahn zwischen Köln und Hamburg von deutschen Zivilpolizisten festgenommen und unter dem Vorwurf des illegalen Aufenthalts inhaftiert worden. Doch die anderen der Kawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen wollten weiter durchhalten. Bis zum Weltwirtschaftsgipfel. »Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört«, hatten sie verkündet und wollten »gegen rassistischen Terror und für Frieden« ... Grünen hatten sich die ... Kamerun, Nigeria, Togo, Sri Lanka und der Türkei ausgesucht, weil gerade diese Partei sich wie keine andere plakativ den Einsatz für Menschenrechte auf ihre Fahnen geschrieben hat. Am Abend der Europawahl, pünktlich zur Schließung der Wahllokale, beschlossen die Kölner Grünen die Räumung ihres Büros, zwei Tage später rückte die Polizei an und nahm die Flüchtlinge mit.
Gegenveranstaltungen zu »Weltwirtschaftsgipfeln« sind ohnehin nicht mehr das, was sie mal waren. Während sich 1988 in Berlin IWF noch prächtig auf Mördertreff reimte, diskutiert man zehn Jahr später in Köln nicht nur über Flucht und Migration und die Zukunft der Arbeit »jenseits der Lohnarbeit«, sondern auch über »Perspektiven neokeynesianischer Ansätze«.
Der betuliche Charakter der Gegenveranstaltungen stieß jedoch nicht überall auf Begeisterung. So hatte es im Vorbereitungsprozeß der Erlaßjahr 2000-Kampagne einen weiteren Nord-Süd-Konflikt gegeben, »weil die Staaten des Südens eigene Positionen entwickelt hatten«, so Brian Ashley auf dem Alternativgipfel. Hauptziel der Jubilierer aus dem Norden sei es gewesen, die G8-Chefs nicht durch zu radikale Forderungen zu verschrecken und daher nicht Gefahr zu laufen, von selbigen ignoriert zu werden. Weswegen sie dafür sorgten, daß die Forderung nach bedingungsloser Streichung sämtlicher Schulden aus dem Forderungskatalog flog. Ashley ist empört: »Der Norden sagt uns, was zu tun ist. Dabei haben wir diese Schulden mehr als bezahlt. Wir sagen: nicht einen Penny mehr.«
• *Pascal Beucker / Anja Krüger / Marcus Meier*

"AAB, Wir danken Dir !"



Einakter nach einer Idee von Horst und Annabella
Dramaturgie: Annabella und Horst
Dauer: ca. 17min
Uraufführung: bei der jeweiligen Lektüre

Prolog

Vorhang hebt sich; auf der schattig ausgeleuchteten Bühne mittig vor kargem Bühnenhintergrund: ein Tapeziertisch, an dem Gestalten in dunkler Kleidung, überwiegend mit Kapuzis und schwarzen Jeans, sowie festen Schuhen sitzen; einige sind in Papiere vertieft, andere in Kleingruppengesprächen; Stimmengemurmel, das an- und abschwellt; eine Faust, die sich zum Gruße reckt; auf billboards, die von der Decke in den Bühneraum hineinragen, werden Tagesnachrichten, Demobilder, Bilder von Naziaufmärschen in Endlosschleifen eingespielt; nach dem Zufallsprinzip werden Aufnahmen aus der Oktoberrevolution, Börsennotierungen, Fragmente großer Reden noch größerer Männer und Werbeblöcke zu Katzenstreu in die Endlosschleifen eingespeist; im rechten Bühnenraum eine größere Ansammlung von Menschen, die in lockeren Gesprächen mit den Füßen scharren; eine Person löst sich aus der Menge, geht zum Tisch, wechselt ein paar Worte und findet sich dann wieder bei der Gruppe ein; plötzlich, -grelles Licht leuchtet die Bühne porentief aus-, ein Schrei (weiblich) aus dem OFF: **AAB, wir danken Dir !**; der eiserne Vorhang fällt; aus dem Publikum lösen sich einzelne Männer und Frauen, verteilen AAB-Aufnäher und AAB-Fahnen, ein Mann mit Bauchladen preist Zeitungen und Broschüren an; über Lautsprecher im Publikumsraum wird das Publikum ohrenbetäubend über das aktuelle Weltgeschehen informiert; der Sound bricht schlagartig ab; die Claqueure setzen sich wieder, der eiserne Vorhang hebt sich;)

1.Akt

(Bühnenbild und Anordnung der Personengruppen s. Prolog; auf den billboards das AAB-Label; aus dem Off Wiederholung des Schreis "AAB, wir danken Dir !"; die Gruppe wendet sich dem Tapeziertisch zu, wo die dort Anwesenden Haltung annehmen; Gruppe macht einen Schritt auf den Tisch zu und wendet die Rücken dem Publikum zu; auf den Rücken angeschnallt: Lautsprecherminiaturen; das folgende Zwiegespräch in Reartikulierung der internalisierten Janusköpfigkeit des griechischen Chores; im Publikumsraum ertönt leise zischend eine Endlosschleife des westeuropäischen Gospels: »Danke für diesen guten Morgen, danke für diesen usw.«)

aus dem Off: AAB, wir danken Dir !
Chor (dem Tisch zugewendet): "Dafür, daß wir jetzt endlich wissen, daß der 1.Mai ein Erfolg war und wir Forderungen nach "grundlegender Umwälzung der bestehenden Verhältnisse zeitgemäß und wahrnehmbar auf die Straße" getragen haben."
aus den Rückenlautsprechern knarzend: "Wir hatten bisher die Einschätzung, der Ritualcharakter des 1.Mai hätte sich in diesem Jahr in Reinform vorgeführt."
Off: AAB, wir danken Dir !
Chor: "Danke dafür, daß Ihr es 'motivierend' findet, sich einmal pro Jahr 'abzufeiern' und das "als radikale Linke mit aktuellen politischen Forderungen und kultureller Ausstrahlungskraft".
knarzend die Lautis: "Wir hatten bisher nicht klar, daß die narzißtischen Selbstbespiegelungen der 1.Mai -Rituale "aktuelle politische Forderungen" formulieren oder sich etwa eine "radikale Linke" in diesen artikuliert. Beides schien uns bislang inhaltlich unentschieden."
Off: AAB, wir danken Dir !
Chor: "Danke dafür, daß Ihr uns über die strukturelle Deckungsgleichheit von 'Kultur' und 'Politik' aufklärt."
knarzend: "Wir meinten bislang, diese beiden Kategorien müßten analytisch auseinandergehalten werden, daß popkulturelle Identitätskonzepte in Konsumgesellschaften kein Garant für Subversion sind und daß hedonistische Befindlichkeiten in postmodernen Zeiten und der Globalisierung die Logik des Kapitals und bürgerlicher Herrschaftsformen vollziehen."
ein Lauti macht sich autonom vom Acker und knattert: "Aber es geht ihnen doch bei der "kulturellen Ausstrahlungskraft" um das Massenkonzept."
ein anderer Lauti daraufhin: " AHA. Ich dachte, die Kritik an Massenkonzepten mit ihren Hierarchien, Funktionalisierungstendenzen und massenpsychologischen Fesselung von Individuen hätte sich vor dem Hintergrund der historischen Analyse durchgesetzt und wäre von der radikalen Linken als Mobilisierungsform und emanzipatorische Strategie ad acta gelegt."
Off: AAB, wir danken Dir !



Gipfel Skandal um gefälschte Briefe

Von PETER KÖNIGSFELD

Köln – Der erste Skandal vor den Doppel-Gipfeln. In Deutz sind gefälschte Briefe des Amtes für Öffentliche Ordnung aufgetaucht. Darin werden Familien aufgefordert, während des Treffens der Staats- und Regierungschefs in Köln ihre Wohnungen nicht zu verlassen.

In den Skandal-Briefen weist ein gewisser „Herr Weinstein" auf eine angeblich „drastisch verschärfte Sicherheitslage" während des EU-Gipfels (3. und 4. Juni) und während des Weltwirtschaftsgipfels (18 bis 20. Juni) hin. Er bittet alle Deutzer „das Haus oder die Wohnung nicht zu verlassen". In den täuschend echt wirkenden Schreiben heißt es weiter: „Nutzen Sie die Tage davor, sich mit einem entsprechenden Vorrat an Lebensmitteln für den täglichen Bedarf einzudecken."

Wer dennoch Haus oder Wohnung verlassen will, müsse dafür beim Ordnungsamt eine Ausnahmegenehmigung beantragen. Aus diesem Grund gibt der Fälscher zwei alte Telefonnummern des Bürgerladens im Presseamt an.

Ordnungsdezernent Gerhard Kappius zu BILD: „Das ist ein ganz böser Scherz. Selbstverständlich gibt es solche Einschränkungen für Anwohner in Deutz überhaupt nicht." Ein Mitarbeiter namens Weinstein ist dem Ordnungsdezernenten nicht bekannt, außerdem sei die Herkulesstraße im Absender mit 'c' statt mit 'k' geschrieben.

BILD rät: Wenn Sie dieses Schreiben in Ihrem Briefkasten finden, werfen Sie es einfach weg! Oder lachen Sie drüber.

Effektiv - Einfach (täuschend echt) - G 8 Gipfel: wieder verschärfte Sicherheitslage ?! - Kommando Weinstein

Wallrafplatz: Eine junge Polizistin wurde an der Nase verletzt (oben), danach gab's die ersten Festnahmen (links).

...mehr ...angemeldeten Demonstration ... einer unangemeldeten Demonstration kaputtmachen lassen? Dann sagen die Kölner am Ende noch, wir schützen nur die hohen Gäste, sie aber nicht."

Belagerungszustand auf der Krebsgasse: Polizisten schützen den Kessel und die Einkaufsbummler müssen sich durch einen schmalen freien Streifen in Richtung Schildergasse zwängen.

...künftig notwendig, unser Know-How ...einzubringen und die Strukturierung ... Events mitzubestimmen. Spontane ...chen mit dem kurdischen oder dem ...stischen Block wären ebenfalls hilf...wesen.

...Lautsprecherwagen war zwar groß ...ch zu klein, außerdem schlecht vor... (z. B. die schlechte Reaktion auf den ...nsatz). Mit den englischen und fran...en Beiträgen geklappt hat die „Inter...isierung" des Lautis.

...lizeieieieieieiei...

...in interessantes Verhalten an den ...egt. Bereits bei den Vortreffen der AnmelderInnen mit den Bullen haben ...sucht, die Antifa zu diskreditieren ... das Bündnis zu spalten. Dies ist ...icht gelungen.

... Demo äußerte sich analoges Ver... Schon früh hat die Polizei ein enges ... aufgezogen, und nach den nicht ...benden Rempeleien prügelten sie in ...o und stoppten den Antifa-Block. ...weit scheint es Standard zu werden, ... und die BO als die Krawallheimer ...und immer mit erhöhter Repression ...nen haben. Dabei geht es weniger ...tnahmen und Prozesse, als vielmehr ...gel, die das Umfeld abschrecken und ...atives Medienecho produzieren sol...

...halte

...-Politik und ihre Auswirkungen wa... uns ein relativ neues Thema, und die ...nung unserer inhaltlichen Aussagen ... ist als Prozeß während der Vorbe... verlaufen. Zuerst wollten wir ...punktmäßig die Abschiebepraxis ...gern, was sich ausgehend davon je...chnell zu einer breiter gefächerten ...ion verschob. Die Position, die wir ... Aufruf erarbeitet haben ist eine gute ...r die weitere Bewertung der Prozesse ...pa.

...fentlichkeit...

...nicht herzustellen, weder von uns ...en „Massen". Die wenigen Artikel ... meist die internationale gewerk...che Beteiligung und Erwerbslosigkeit ...halt. In der Kölner Regionalpresse ...„die Radikalen" und der „schwarze ... die Berichterstattung eher dominiert. ...tten wir durch vermehrte Pressear...ä. nicht beeinflussen können. Auch ...tsradikale Demo am 3. Juni wurde ... Rande wahrgenommen. ...kblick auf z. B. die IWF-Tagung 1988 ...n oder den WWG 1992 in München ...ie Linke (zumindest die deutsche) in

...nentanen Phase der Neuordnung der ...schen Märkte eine noch marginalere

Die europäische Antifa...

...ist eine wichtige Entwicklung. Die geschlossenen Kontakte mit den SkandinavierInnen und SCALP aus Frankreich sind ausbaubar.

Am Tag nach der Demo fand ein Treffen mit der Antifascistisk Aktion Schweden, SCALP Frankreich, einem Menschen aus dem Centro Sociale Milano und diversen deutschen Antifa-Gruppen statt, das mit der Planung eines zweiten internationalen Treffens zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 2000 in Berlin abgeschlossen wurde.

Europa wird Thema bleiben. Es wird aber sicherlich keine regelmäßige Aktion von uns sein, die EU-Gipfel zu begleiten – auf jeden Fall nicht mit der Trennung in „Linksradikal" und „Masse".

Die Notwendigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und grenzüberschreitender Aktionen liegt im Zuge der europäischen Entwicklung auf der Hand. Hierzu ist noch viel zu tun, insbesondere was die Kontakte zu Antifas aus osteuropäischen Ländern betrifft.

Die AA/BO (Antifa-Aktion/Bundesweite Organisation) und andere Antifa-Gruppen

ANTIFA OFFENSIVE 99

Viel zu spät haben sich die anderen BO-Gruppen für das Projekt interessiert (mit einzelnen Ausnahmen) und ohne die tätige Mithilfe der Antifa-Gruppen vor Ort wären wir ziemlich ins Schwimmen geraten. Kurz vor der Demonstration ist die BO-Beteiligung jedoch gestiegen. Gut waren die verbindlich zugesagten Ketten, die vielen Transparente und die funktionierenden Absprachen. Das hat Spaß gemacht.

Ein Fazit aus Köln ist die Notwendigkeit, die BO weiter zu öffnen und sich um die Antifa-Gruppen zu bemühen, die in der Offensive-Struktur sind. Sie sind sehr verbindlich und engagiert gewesen.

Herzlichst
Eure [Antifaschistische Aktion Berlin]

für die


ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

27283 Verden/Aller,
Fon 04231/957571

Männerrundbrief
zum ausmalen
1./2. Mai '99
G. Mauk

Totgesagte leben länger:
Der neue Männerrundbrief ist da!
mit neuer Redaktion.
Aus dem Inhalt:
Männer, Isolation und Sexualität
Subjektivität und Politik
Forschende Männerkritik
Preis: 6,- incl. Porto
Ab 5 Ex. 4,- pro Ex.
Mannerrundbrief
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Münster
e-mail: MaennerRB@aol.com

S32



Am 30. April wurden im Anschluß an reclaim the streets 300 Menschen von den Bullen eingekesselt. Über mehrere Stunden wurden sie auf der Eberswalder Straße festgehalten. Jetzt wurden gegen sie Bußgeldbescheide erlassen. Der Erlös der Party dient dazu, die Betroffenen zu unterstützen.

BUND FREIER BÜRGER - OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND
Die Freiheitlichen
- Landesverband Berlin -



OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND

Postfach 12 02 13 - 10592 Berlin
Telefon: 030 / 8859 79-92
Telefax: 030 / 8859 79-99
e-mail: bfb-berlin@gmx.de
Bankverbindung: Commerzbank AG
BLZ 100 400 00
Konto-Nr. 835 623 000

Vertrauliche Adreß- und Telefonliste der Funktionsträger des Berliner Landesvorstandes

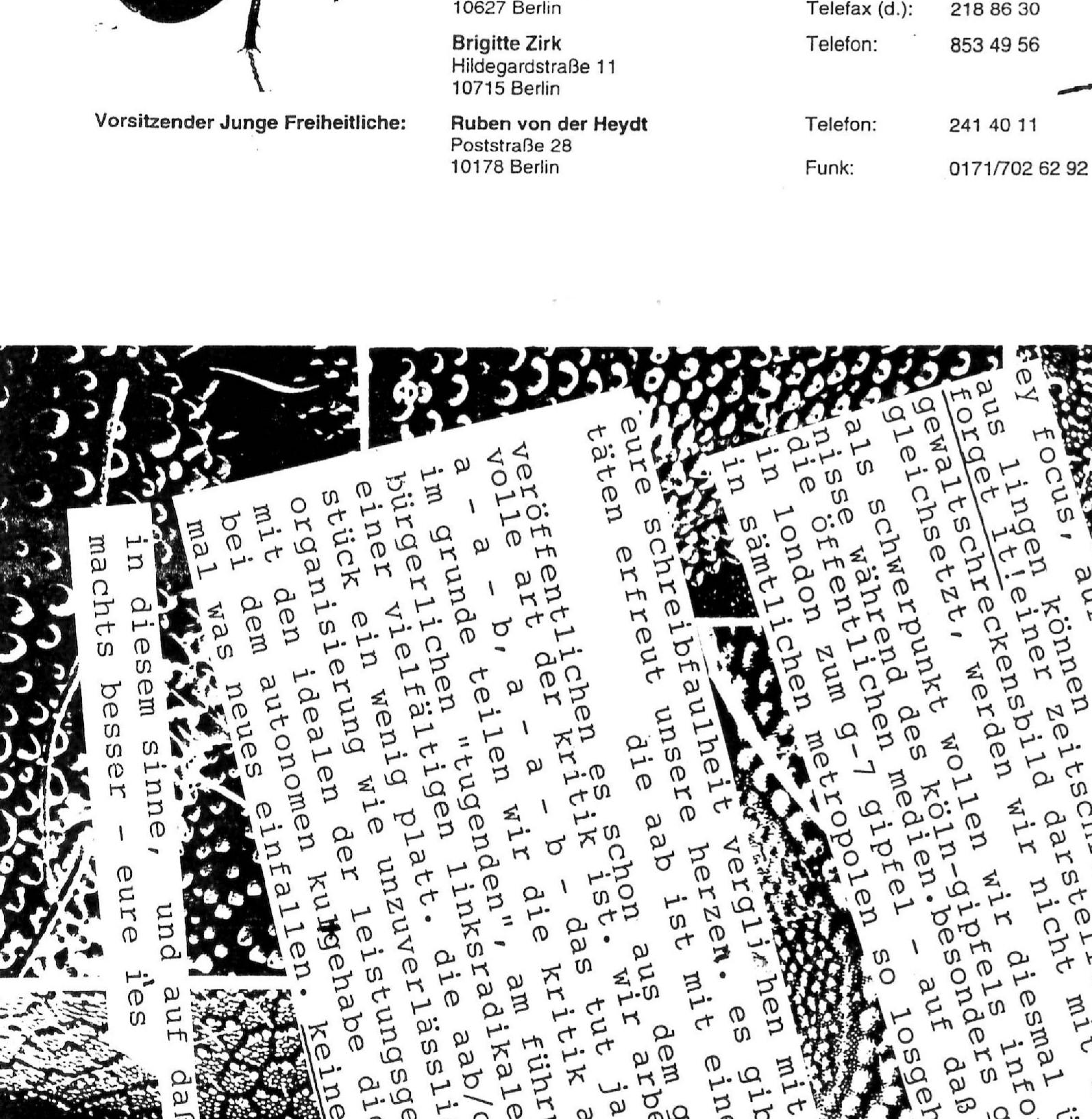
- nur für den internen Gebrauch! -

vom 14.02.1999
Aktueller Stand vom 12.03.1999

Präsidium

Funktion	Name / Anschrift		
Geschäftsf. Landesvorsitzender:	**Torsten Witt** Postfach 19 14 51 14004 Berlin	Telefon: Telefax: Funk: e-mail:	305 10 68 305 10 69 0172/395 39 99 twb.de@t-online.de
Büro:	Knesebeckstraße 76 10623 Berlin	Telefon (d.): Telefax (d.):	8859 79-92 8859 79-99
Stellv. Landesvorsitzender:	**Eberhard Lehmann** Loebellstraße 12 14165 Berlin	Telefon: Telefax:	801 20 15 801 42 10
Büro:	Hegauer Weg 38 14163 Berlin	Telefon (d.): Telefax (d.):	8090 26-63 8090 26-65
Schriftführer:	**Andreas Dohrenbusch** Mommsenstraße 50 10629 Berlin	Telefon: Telefon (d.) e-mail:	324 19 90 321 84 58 3970 35-19 adohrenbusch@t-online.de
Landesschatzmeister:	**Franz Endlweber** Ladeburger Weg 2 13509 Berlin	Telefon:	433 13 36
Beisitzer des Präsidiums:	**René Bethage** Platanenstraße 10 12529 Schönefeld	Telefon: Telefax: Funk: e-mail:	6330 79-45 6330 79-46 0171/576 31 50 bethage@snafu.de
	Sieghart Kaiser Koenigsallee 31 14193 Berlin	Telefon: Telefax:	891 65 82 891 19 45
	Ortrud Kroll Schmitzweg 58 13437 Berlin	Telefon: Telefax: Funk:	414 61 36 414 15 39 0171/121 48 98
	Dr. Marius Radtke Lehndorffstraße 50 10318 Berlin	Telefon: Telefax: Telefon (d.):	5089 84-24 5089 84-26 925 05 32
	Friedrich Schreitter v. Schwarzenfeld Krumme Straße 43 10627 Berlin	Telefon: Telefon (d.): Telefax (d.):	313 93 72 218 86 30 218 86 30
	Brigitte Zirk Hildegardstraße 11 10715 Berlin	Telefon:	853 49 56
Vorsitzender Junge Freiheitliche:	**Ruben von der Heydt** Poststraße 28 10178 Berlin	Telefon: Funk:	241 40 11 0171/702 62 92









Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift:
siehe oben
V.i.S.d.P.:
Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Anarchistischen Laden

Rathenower Straße 22, Moabit, Tel.: 394 61 67
Offen: Mo, Do 17-20 Uhr, Mo: Revolutionärer Funke, Do: Ladenkollektiv oder Videofilm, Fr.: Anti-Kriegs-Gruppe (19 Uhr) Ende Juli eröffnet der Vegan-Laden sein Sortiment im A-Laden.

Veranstaltungen:

Donnerstag, 24.Juni: Video "Sein Name war Hass" (R: Marcus, USA 1995) Video-Serie zum Thema "Jugend und Gewalt", Immer Donnerstags um 20 Uhr
Donnerstag, 8. Juli: Video: "Little Criminals"(Surjik, Frankreich 1995), Die Verbrecherkarriere des minderjährigen Des.
Dienatag, 13.Juli: Veranstaltung: Der Junge Obdachlose H. um die Jahrhundertwende in Wien. Österreich-Ungarn voll von Antisemitismus, Deutschtum, Nationalismus und der ungelösten sozialen Frage. Schon damals "Serbien muß sterbien". "Am Ende dieses Jahrhunderts stellt sich die nationale Frage ähnlich wie am Anfang dieses Jahrhunderts"(syndik. Magazin Wobbly-Italien 1992). Um 20 Uhr
Donnerstag, 15. Juli: Video: "Scream"(englische Orginalversion, Craven, USA 1995), Medienkritischer Film über Jugendliche, die keine Grenze mehr ziehen zwischen Realität und Film.
Donnerstag, 29. Juli: Video "Saat der Gewalt"(Brooks, USA 1955), Beeinflußt von der Rock'n'Roll-Ära schildert der Film die Auseinandersetzungen eines jungen Berufschullehrers mit seinen Schülern.

Samstag, 10. Juli um 19 Uhr:
Sommerfete im A-Laden
mit MitkämpferInnen, UnterstützerInnen und FreundInnen.
Bitte bringt etwas zu Essen und Trinken mit.

FREITAG, 2.JULI 99, KÖPI,

ANTI-ATOM-SOLIPARTY MIT KONZERT, AB 21.oo UHR

Diskussionsveranstaltung

Strukturanpassung - Neue Karriere eines alten Konzepts in Osteuropa ?



mit Dorothee Bohle, Politologin, Berlin
und Jozseff Feiler, Central and Eastern European Bankwatch Network, Budapest

am 1. Juli 1999, 19 Uhr

im **ZAPO** (Zentrale Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa)
Oranienstr. 34, Kreuzberg (U-Bhf. Kottbusser Tor)

Eine Veranstaltung in der Reihe „Wende... aber wohin ? - Gegenstimmen aus Ost- und Westeuropa" des Bildungswerks Berlin der HBS



Aufzug für Rollifahrerinnen

Erlöss ist für die Finanzierung einer multifunktionalen Veranstaltungsetage.



EIGENTUM IST DIEBSTAHL